



# PROGRAMM FÜR DIE WAHL ZUM DEUTSCHEN BUNDESTAG AM 24. SEPTEMBER 2017

Leitantrag der Bundesprogrammkommission  
zum Bundesparteitag am 22./23.04.2017 in Köln



**1 | Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland** **05**

1.1	Ohne Volkssouveränität keine Demokratie	06
1.2	Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten	06
1.3	Das Volk muss wieder zum Souverän werden	07
1.4	Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild	07
1.5	Die Gewaltenteilung gewährleisten	08
1.6	Trennung von Amt und Mandat und Kampf der Ämterpatronage	08
1.7	Macht der Parteien beschränken	08
1.8	Direktwahl des Bundespräsidenten	08
1.9	Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen	08
1.10	Freie Listenwahl und freies Mandat	09
1.11	Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen	09
1.12	Lobbyismus eindämmen	09
1.13	Private Rentenvorsorge für Parlamentarier	10
1.14	Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendungen	10

**2 | Der EURO ist gescheitert:  
Währung, Geld- und Finanzpolitik** **11**

2.1	Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist für Deutschland unbezahlbar	12
2.2	Beendigung der Späne und Rentner enteignenden Politik der EZB	12
2.3	Erhalt des Bargelds	13
2.4	Keine deutsche Haftung für ausländische Banken	13
2.5	Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der Bürger gegen eine Eurokrise	14

**3 | Außen- und Sicherheitspolitik:  
Deutsche Interessen durchsetzen** **15**

3.1	Außenpolitik muss sich an deutschen Interessen ausrichten	16
3.2	Das Verhältnis zu wichtigen Staaten ändert sich	16
3.3	Deutschland muss sich selbst verteidigen	17
3.4	Die AfD fordert eine nationale Sicherheitsstrategie	17
3.5	Deutschland soll seine wirtschaftlichen Stärken ausbauen	18
3.6	Entwicklungsarbeit: Stabilität als Sicherheits- und Wirtschaftsinteresse	19

**4 | Innere Sicherheit** **20**

4.1	Ausweisung, Abschiebung und Ausbürgerung	21
4.2	Vollstreckung im Ausland	21
4.3	Jugendstrafrecht	21
4.4	Reform der Polizei	22
4.5	Bessere Fahndungsmöglichkeiten	22
4.6	Organisierte Kriminalität bekämpfen	22
4.7	Abmahnvereine abschaffen	23
4.8	Inkassokosten deckeln	23
4.9	Sichere Identifizierung von Asylbewerbern ermöglichen	23

**5 | Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl** **24**

5.1	Die demographischen Probleme Europas und Afrikas	25
5.2	Zuwanderung muss nach unseren Regeln stattfinden	25
5.3	Die Türkei gehört nicht in die EU	26
5.4	Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme	26
5.5	Zuflucht in der Herkunftsregion statt ungebremster Massenmigration nach Deutschland	27
5.6	Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme	27
5.7	Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren	28
5.8	Integration ist die Aufgabe des Einwanderers, nicht „der Gesellschaft“	29

**6 | Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung** **30**

**7 | Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerungsentwicklung** **33**

- |   |    |
|---|----|
| 7.1 Schutz des ungeborenen Lebens   | 34 |
| 7.2 Für eine familien- und kinderfreundliche Politik, damit Deutschland sich nicht abschafft! | 34 |
| 7.3 Mut zu Kindern: Familien müssen gefördert werden  | 35 |
| 7.4 Kinder willkommen heißen!   | 35 |
| 7.5 Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich                   | 35 |
| 7.5.1 Gender-Ideologie raus aus den Schulen – Frühsexualisierung stoppen                      | 36 |
| 7.5.2 Steuerverschwendungen durch „Gender-Forschung“ beenden                                  | 36 |

**8 | Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung** **37**

- |   |    |
|---|----|
| 8.1 Mehrgliedriges Schulsystem erhalten   | 38 |
| 8.2 Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master  | 38 |
| 8.3 Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten                      | 39 |
| 8.4 Folgen der Massenimmigration: Nicht auf dem Rücken der Schüler                                  | 39 |
| 8.5 Keine ideologische Beeinflussung an der Schule: Die Neutralität der Schule muss gewahrt bleiben | 39 |
| 8.6 Traditionelle Familienwerte statt Frühsexualisierung  | 39 |
| 8.7 Keinen bekenntnisgebundenen Islamunterricht an deutschen Schulen!                               | 39 |
| 8.8 Keine Sonderrechte für Muslime an unseren Schulen!  | 40 |
| 8.9 Kein Koranunterricht an verfassungsfeindlichen Moscheevereinen                                  | 40 |
| 8.10 Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen                                  | 40 |
| 8.11 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren                   | 40 |

**9 | Kultur und Medien** **41**

- |   |    |
|---|----|
| 9.1 Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“  | 42 |
| 9.2 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität                                    | 42 |
| 9.3 Ideologiebesetzte kulturpolitische Vorgaben des Staates beseitigen                    | 42 |
| 9.4 Bekenntnis zur Kulturhoheit der Länder – keine „politisch korrekte“ Kunst und Kultur! | 43 |
| 9.5 Medien: Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk reformieren und verschlanken              | 43 |
| 9.6 Das Internet als Ort der freien Meinungsäußerung erhalten                             | 43 |

**10 | Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit** **44**

- |   |    |
|---|----|
| 10.1 Steuern  | 45 |
| 10.2 Haushaltspolitik   | 46 |
| 10.3 Soziale Arbeitswelt  | 46 |
| 10.4 Arbeitslosigkeit und Qualifikation für Langzeitarbeitslose | 47 |
| 10.5 Wirtschaftspolitik durch Abbau bürokratischer Hindernisse  | 47 |
| 10.6 Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen                    | 47 |

**11 | Sozialpolitik** **48**

- |  |    |
|--|----|
| 11.1 Sozialpolitik und Zuwanderung                                       | 49 |
| 11.2 Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen   | 49 |
| 11.3 Grundsätzliches zur Rente   | 50 |
| 11.4 Rente und Lebensarbeitszeit   | 50 |
| 11.5 Rente und versicherungsfremde Leistungen                            | 50 |
| 11.6 Doppelbesteuerung der staatlichen Rente vermeiden                   | 51 |
| 11.7 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, muss später mehr haben | 51 |
| 11.8 Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld                                 | 51 |
| 11.9 Paritätische Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung       | 51 |

**12 | Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr****52**

12.1 Finanzierung der Gesundheit – grundlegende Probleme beseitigen	53
12.2 Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen	53
12.3 Dem „Pflegenotstand“ entgegenwirken	53
12.4 Stationäre Versorgung durch Investitionen sicherstellen	54
12.5 Krankenhaus-Notfallambulanzen entlasten	54
12.6 Ambulante Versorgung durch ein Hausarztsystem optimieren	54
12.7 Ärzte und Therapeuten überwiegend in Deutschland ausbilden	54
12.8 Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen kündigen	55
12.9 Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz	55
12.10 Alternative Medizin als Ergänzung traditioneller Medizin	55

**13 | Schluss mit der Technologiefeindlichkeit:  
Energie und Klima****56**

13.1 Klimawandel	57
13.2 Energiepolitik	57
13.3 Land der Tüftler und Denker: Technologie fördern	58

**14 | Verkehrswege erhalten und ausbauen, Wohnungsbau verstärken, ländlichen Raum entwickeln****60**

14.1 Verkehr	61
14.2 Wohnungsbau	61
14.3 Den ländlichen Raum stärken	62

**15 | Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft****63**

15.1 Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand	64
15.2 Ausbau der Windenergie stoppen	64
15.3 Lärmschutz verbessern	64
15.4 Verbraucherschutz	64
15.5 Tierschutz: Tierquälerisches Schlachten verbieten	65
15.6 Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft	65
15.6.1 Regionalisierung und Direktvermarktung	65
15.6.2 Alte Kultursorten erhalten	65
15.6.3 Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen verbessern	66



# **Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland**

## 1.1 Ohne Volkssouveränität keine Demokratie

2  
3 Wir wollen Deutschland reformieren und an die Prinzipien  
4 und Wurzeln anknüpfen, die zu seinem Jahrzehntelangen  
5 sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfolg  
6 geführt haben. Die Rechtsstaatlichkeit, insbesondere die  
7 Gewaltenteilung, muss wiederhergestellt und der Staat seine  
8 eigentlichen Kernaufgaben, insbesondere die Innere Sicherheit,  
9 wieder gewährleisten können. Mit den Verträgen von  
10 Schengen, Maastricht und Lissabon wurde rechtswidrig in  
11 die unantastbare Volkssouveränität eingegriffen. Ein Staat,  
12 der das Grenzregime und damit die Hoheit über sein Staats-  
13 gebiet aufgibt, löst sich auf. Er verliert seine Eigenstaatlichkeit.  
14

15  
16 *Wir wollen den souveränen, demokratischen National-  
17 staat erhalten!*

18  
19 Die AfD steht für die Freiheit und Selbstbestimmung der  
20 europäischen Nationen. Das bedeutet, dass alle Nationen das  
21 Recht haben, sich in souveränen Staaten zu organisieren. Als  
22 solche können sie völkerrechtliche Verbindungen eingehen  
23 und gemeinsame Interessen als Staatengemeinschaft wahr-  
24 nehmen. In Europa war dies über die Europäische Wirt-  
25 schaftsgemeinschaft erfolgreich gelungen. Der Versuch, über  
26 die Verträge von Maastricht (1991) und Lissabon (2008)  
27 einen „Staatenverbund“ zu schaffen, wie das Bundesverfas-  
28 sungsgericht diese vorbildlose Konstruktion nennt, muss als  
29 gescheitert betrachtet werden.

30  
31 Stattdessen werden durch die EU, die den Anspruch  
32 erhebt, kontinentaler Staat zu werden, die existierenden,  
33 demokratischen Nationalstaaten in ihrer Funktion einge-

34 schränkt bzw. dauerhaft zerstört. Es gibt weder ein europä-  
1 isches Staatsvolk, das für ein solches Vorhaben konstitutiv  
2 wäre, noch ist erkennbar, dass sich ein solches auf absehbare  
3 Zeit herausbildet. Kulturen, Sprachen und nationale Iden-  
4 titäten sind durch Jahrhunderte dauernde geschichtliche  
5 Entwicklungen entstanden. Sie stellen für ihre Angehörigen  
6 unverzichtbare Identifikationsräume dar, die nur in natio-  
7 nalen Staaten mit demokratischer Verfassung wirkungsvoll  
8 ausgestaltet werden können. Nur hier kann Volkssouverän-  
9 ität gelebt werden, die Mutter und das Herzstück der Demo-  
10 kratie.

## 1.2 Zurückführung der Europäischen Union in einen Staatenbund souveräner Staaten

11  
12 Das bestehende „Lissabon-Europa“ ist daher zurückzu-  
13 führen zu einer Organisation von Staaten, die auf der Basis  
14 völkerrechtlicher Verträge ihre Interessen und Aufgaben-  
15 wahrnehmung definieren. Nicht rückholbare Souveränitäts-  
16 verzichte der Staaten dürfen mit einer solchen Konstruktion  
17 nicht verbunden werden. Ähnlich wie heute im Europäi-  
18 schen Vertrag (EUV) in Art. 50 vorgesehen, behält sich jeder  
19 Staat ein Austrittsrecht vor.  
20

21  
22 *Sofern eine solche Konzeption mit den derzeitigen Part-  
23 nern der EU nicht einvernehmlich auszuhandeln ist, ist  
24 Deutschland gezwungen, dem Beispiel Großbritanniens zu  
25 folgen und aus der bestehenden EU auszutreten.*

26  
27 Die Schaffung neuer überstaatlicher Vereinbarungen bleibt  
28 vorbehalten und wird aufgrund nationalstaatlicher Souverä-  
29 nität erst ermöglicht.

30  
31  
32  
33  
34

### 1.3 Das Volk muss wieder zum Souverän werden

2  
3 Heimlicher Souverän in Deutschland ist eine kleine,  
4 machtvolle politische Oligarchie, die sich in den bestehenden  
5 politischen Parteien ausgebildet hat. Sie hat die Fehlentwick-  
6 lungen der letzten Jahrzehnte zu verantworten. Es hat sich  
7 eine politische Klasse herausgebildet, deren vordringliches  
8 Interesse ihrer Macht, ihrem Status und ihrem materiellen  
9 Wohlergehen gilt. Diese Oligarchie hat die Schalthebel der  
10 staatlichen Macht, der politischen Bildung und des infor-  
11 mationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in  
12 Händen. Die stetigen Verletzungen der Prinzipien der deut-  
13 schen Staatlichkeit gipfeln in der Flüchtlingspolitik der Bun-  
14 desregierung von CDU / CSU und SPD. Die Volksvertreter  
15 haben sich den grundgesetzlich garantierten Parlamentsvor-  
16 behalt für alle wichtigen Entscheidungen im Staat nehmen  
17 lassen und die über Ihre Köpfe hinweg getroffenen rechts-  
18 und verfassungswidrigen Entscheidungen zur Zuwanderung  
19 klaglos hingenommen. Nur das Staatsvolk der Bundesrepu-  
20 blik Deutschland kann durch das Mittel der unmittelbaren  
21 Demokratie diesen illegalen Zustand beenden.

### 22 23 1.4 Volksabstimmungen nach Schweizer Vorbild

24  
25 *Die AfD fordert Volksentscheide nach Schweizer Vorbild*  
26 *auch für Deutschland.*

27  
28 Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten  
29 auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene  
30 Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Dies würde in kürzes-  
31 ter Zeit die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen  
32 nachhaltig eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger

3 Arbeit zwingen. Ein mäßigender Einfluss auf Beschlüsse der  
4 Abgeordneten in eigener Sache – etwa Diäten-, Fraktions-  
5 und Parteienfinanzierung und die Finanzierung von „partei-  
6 nahen“ Stiftungen – wäre dadurch gewährleistet. Das Volk  
7 soll auch die Möglichkeit erhalten, eigene Gesetzesinitiativen  
8 einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.

9  
10 Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht  
11 geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag ge-  
12 schlossen werden. Die deutschen Bürger sind der Zahlmeis-  
13 ter Europas. Entgegen aller früheren Beteuerungen haften  
14 wir für die jährlich wachsenden Schulden anderer EU-Län-  
15 der. Dies ist ein schicksalhafter politischer Wortbruch, der  
16 die heute lebenden Bürger und mehrere nachfolgenden  
17 Generationen in große Existenznot bringen wird.

18  
19 *Das deutsche Volk soll deshalb nach dem britischen Vor-  
20 bild über den Verbleib Deutschlands in der Eurozone und  
21 gegebenenfalls der EU abstimmen!*

22  
23 Im Gegensatz zur CDU und ihrer Kanzlerin halten wir das  
24 deutsche Volk für ebenso mündig wie das der Schweizer, der  
25 Briten, der Franzosen, der Italiener und der Niederländer.  
26 Entgegen anderslautender Behauptungen entscheiden Bür-  
27 ger in Schicksalsfragen der Nation weitsichtiger und gemein-  
28 wohlorientierter als macht- und interessengeleitete Berufs-  
29 politiker. Das ist die Lehre aus der Wiedervereinigung, aus  
30 der Ablehnung des „EU-Verfassungsvertrags“ durch das  
31 französische und das niederländische Volk und der Entschei-  
32 dung der Engländer, aus der Lissabon-Union auszutreten.

33  
34 Wir sind der Auffassung, dass die vielfältigen politischen  
Probleme Deutschlands mutiger Weichenstellungen bedürfen.

1 Nach unserer Überzeugung können die fundamentalen Kri-  
2 sen von Währung, Energieversorgung und Migration sowie  
3 die Konfrontation mit dem Islam alleine weder von der  
4 Regierung noch vom Bundestag tragfähig bewältigt werden.  
5 Ohne eine unmittelbare Mitbestimmung der Bürger kann  
6 und darf dies auch nicht geschehen.

7 *Die Einführung von Volksabstimmungen nach Schweizer  
8 Modell ist für die AfD deshalb nicht verhandelbarer Inhalt  
9 jeglicher Koalitionsvereinbarungen.*

## 1.5 Die Gewaltenteilung gewährleisten

13 Zahlreiche Gesetze haben die Gewaltenteilung in Deutsch-  
14 land über die Jahre erodieren lassen und zu einer über-  
15 bordenden Staatsgewalt geführt: Ehemalige Politiker auf  
16 Richterstühlen, Abgeordnete die zugleich Kanzler, Minis-  
17 terpräsident oder Minister sind und sich insoweit selbst  
18 kontrollieren, sowie parteipolitische Netzwerke, die durch  
19 verbotene Ämterpatronage entstehen, können nicht länger  
20 toleriert werden.

## 25 1.6 Trennung von Amt und Mandat und Kampf 26 der Ämterpatronage

28 Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister und parlamen-  
29 tarische Staatssekretäre dürfen nicht mehr zugleich Abge-  
30 ordnete sein. Die Funktionen von „politischen Beamten“ in  
31 der Staatsverwaltung wollen wir abschaffen von Ministeri-  
32 aldirektoren bis zu Polizeipräsidenten. Die Mitarbeiter der

1 öffentlichen Verwaltung haben unabhängig und loyal zu  
2 sein. Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach  
3 Qualifikation und fachlicher Leistung zu besetzen (Art. 33,  
4 Abs. 2 GG). Die „Parteibuchwirtschaft“ muss beendet wer-  
5 den. Ämterpatronage ist unter Strafe zu stellen.

## 7 1.7 Macht der Parteien beschränken

8 Parteien sollen am politischen System mitwirken (Art. 21,  
9 Abs. 1 GG), es aber nicht beherrschen. Die Allmacht der Par-  
10 teien und deren Ausbeutung des Staates gefährden unsere  
11 Demokratie. Diese Allmacht ist auch Ursache der verbreite-  
12 ten Politikverdrossenheit und der freiheitsbeschränkenden  
13 „politischen Korrektheit“ sowie des Meinungsdiktats in allen  
14 öffentlichen Diskursen. Die Loyalität der Abgeordneten gilt  
15 eher den Parteivorständen als den Bürgern, in deren Auftrag  
16 sie in erster Linie zu handeln haben.

## 19 1.8 Direktwahl des Bundespräsidenten

20 Derzeit wird der Bundespräsident in der Bundesversamm-  
21 lung vorgeschlagen und gewählt. Die Auswahl des Kandi-  
22 daten findet hinter verschlossenen Türen durch Absprachen  
23 der Parteien statt. Diese Kungelei beschädigt die Würde des  
24 Amtes und schmälert die Akzeptanz des Staatsoberhaupts  
25 durch das Volk.

27 *Wir wollen den Bundespräsidenten deshalb direkt durch  
28 das Volk wählen lassen.*

29 Dafür ist der Art. 54 des Grundgesetzes entsprechend zu  
30 ändern.

1

## 1.9 Parteienfinanzierung dem Verfassungsrecht anpassen

2

Mit der Parteienfinanzierung haben sich die etablierten Parteien ab 1954 eine ständig wachsende Finanzausstattung verschafft. Die „staatliche Teilfinanzierung“ in Höhe von jährlich ca. 160 Millionen Euro wird durch eine verdeckte Parteienfinanzierung von mittlerweile über 600 Millionen Euro bei weitem übertroffen. So halten wir zum Beispiel die für jeden Bundestagsabgeordneten zur Verfügung stehende „Mitarbeiterpauschale“ von 20.000 Euro monatlich für deutlich überhöht. Hier wird keine wissenschaftliche Beratung geleistet, sondern eine Armee von Parteisoldaten bezahlt.

3

Mit einer demokratischen Gestaltung des Wahlsystems will die AfD dem Wähler die Entscheidung über die personelle Zusammensetzung der Parlamente zurückgeben.

*Wir treten für die „freie Listenwahl“ ein, mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten.*

Ferner wollen wir eine deutliche Verringerung der etwa 2.500 Parlamentarier Deutschlands mitsamt dem zugehörigen Verwaltungsapparat. Ein Bundestagsabgeordneter vertritt etwa 128.000 Einwohner, in den USA beträgt das Verhältnis 1:600.000. Wir wollen eine Verkleinerung des fast 700 Abgeordnete umfassenden Bundestags auf unter 500.

## 1.11 Wider das Berufspolitikertum: Amtszeit begrenzen

Die ungebrochene Tendenz zum Berufspolitikertum hat der Monopolisierung der Macht Vorschub geleistet und die unübersehbare Kluft zwischen Wählern und Gewählten stetig vergrößert. Vetternwirtschaft, Filz, korruptionsfördernde Strukturen und Lobbyismus sind die Folge.

*Um unser Ideal des Bürgerabgeordneten herzustellen, fordern wir eine Mandatszeitbegrenzung für Abgeordnete auf vier und für den Bundeskanzler auf zwei Legislaturperioden.*

35

&lt;/

1

### 1.12 Lobbyismus eindämmen

2

Wir wollen, dass Bundestagsabgeordnete ihre volle Arbeitskraft der parlamentarischen Arbeit widmen. Das Mandat darf nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden. Der überbordende Lobbyismus in Brüssel und Berlin muss eingedämmt werden. Wir wollen die Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier und gegen Abgeordnetenbestechung deutlich verschärfen. Unseren eigenen Abgeordneten haben wir bereits jetzt über unsere Satzung entsprechende Regeln auferlegt. Ferner setzen wir uns für ein Lobbyisten-Gesetz mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten ein, das vorbildlichen Regelungen anderer Demokratien entspricht.

15

### 1.13 Private Rentenvorsorge für Parlamentarier

16

Bundestagsabgeordnete zahlen derzeit keine Rentenbeiträge und erhalten nach wenigen Jahren bereits eine Altersversorgung, die ein Arbeitnehmer mittleren Einkommens nicht einmal nach 45 Beitragsjahren erreichen kann. Die AfD möchte das kostspielige und den Steuerzahler übermäßig belastende Versorgungsmodell für Abgeordnete grundlegend reformieren und es auf ein System privater Altersvorsorge umstellen.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

### 1.14 Einführung eines Straftatbestands der Steuerverschwendung

1

Während Steuerhinterziehung auch vergleichsweise kleiner Beträge in Deutschland konsequent verfolgt und bestraft wird, bleibt die weit mehr gemeinwohlschädliche Steuerverschwendungen straffrei. Horrende Baukostenüberschreitungen, unsinnige Beschaffungsmaßnahmen und verschwenderische Prestigeprojekte von Amtsträgern und Behördenleitern bleiben nach der gegenwärtigen Rechtslage weitgehend straffrei.

*Die AfD fordert daher die Einführung eines neuen Straftatbestands der Haushaltsuntreue.*

Die Regelung soll die Rechte der Steuerzahler stärken und die Bestrafung von groben Fällen der Steuerverschwendungen durch Bedienstete und insbesondere herausgehobene Amtsträger ermöglichen.

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

# Der EURO ist gescheitert: Währung, Geld- und Finanzpolitik

1   **2.1 Die weitere Mitgliedschaft in der Eurozone ist**  
2   **für Deutschland unbezahlbar**

---

3   Die Geschäftsgrundlage des Euro war: keine Haftung für  
4   die Schulden anderer Länder und keine Staatsschulden über  
5   60 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts. Diese Regeln  
6   sind zerstört worden.

7     
8   *Deshalb muss Deutschland die Transferunion aufkündi-*  
9   *gen und den Euroraum verlassen.*

10   **2.2 Beendigung der Sparer und Rentner**  
11   **enteignenden Politik der EZB**

---

12   Die EZB sollte eine zweite Bundesbank sein. Stattdessen  
13   betreibt sie eine Währungspolitik der unwirtschaftlichen  
14   Zinsen (Nullzinspolitik). Dies zerstört alle kapitalgedeckten  
15   Alterssicherungssysteme von Betriebsrenten, über staatlich  
16   geförderte Rentensysteme, private Lebensversicherungen  
17   bis zu privaten Sparvermögen. Seit dem Amtsantritt von  
18   Gouverneur Draghi fehlen rund 500 Mrd. Euro für die  
19   Altersvorsorge der Deutschen. Die AfD fordert die Durchset-  
20   zung des vertraglichen Verbots der Staatsfinanzierung und  
21   eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf Geldpolitik  
22   im engeren, klassischen Sinn. Alle Maßnahmen der EZB zur  
23   Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt  
24   werden. Eine Politik der künstlich herbeigeführten Null- und  
25   Negativzinsen führt zur Zerstörung der zentralen Märkte für  
26   Anleihen. Die durch die EZB-Politik verursachte  
27   Wechselkursabwertung und die Preisexplosion am Aktien-  
28   und Immobilienmarkt zerstören die Kaufkraft von nicht so  
29   schnell steigenden Einkünften, wovon insbesondere  
30   Arbeitnehmer und Rentner betroffen sind.

30   Während die Bundesbank nur einmal in 50 Jahren  
31   Staatsanleihen gekauft hat, ist das für die EZB das tägliche  
32   „Geschäftsmodell“. Ende 2016 wird sie über 2 Billionen  
33   staatliche und private Anleihen erworben haben. Eine solche  
34   „Rotation der Gelddruckmaschine“ ist nach den europäischen  
35   Verträgen verboten.

35   Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit völlig unter-  
36   schiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkon-  
37   struktion. Nach achtzehn Jahren Spannungsaufbau kann  
38   die Gemeinschaftswährung nur noch über permanente und  
39   weitgehend deutsche Haftungsübernahmen aufrechterhalten  
40   werden. Dies ist keine Basis für die gedeihliche Entwick-  
41   lung der Volkswirtschaften der Euroländer. Die Folge ist  
42   eine dauerhaft hohe Arbeitslosigkeit im Süden Europas.  
43   Die Jugendarbeitslosigkeit liegt derzeit (Oktober 2016) in  
44   Spanien und Griechenland bei über 40 %, in Italien bei über  
45   35 % und in Frankreich bei über 25 %. Es entwickeln sich  
46   „verlorene Generationen“. Die Völker Europas werden diese  
47   Entwicklung nicht klaglos hinnehmen und sich zu Recht  
48   gegen die politischen Eliten auflehnen.

49   Die suprastaatliche Rettungspolitik verletzt geltendes  
50   Recht, darunter das Verbot der Staatsfinanzierung durch die  
51   EZB und das Verbot der Haftung für Schulden anderer Mit-  
52   gliedstaaten (Art. 123 und 125 AEUV). Die Rettungspolitik  
53   bricht alle den Wählern seit den 1990er-Jahren gegebenen  
54   Zusicherungen zur „niemals zugelassenen Haftung Deutsch-  
55   lands für Fremdschulden“.

55     
56   *Willkürliche „Rettungsmaßnahmen“ zugunsten einzelner*  
57   *Banken und Unternehmen oder gar eine „EU-Wirtschafts-*  
58   *regierung“ lehnen wir ab.*

1 Dies sind vertragswidrige Eingriffe in die Marktwirtschaft  
2 und in die demokratischen Entscheidungsstrukturen der  
3 beteiligten Nationalstaaten.

4  
5 Die AfD ist sich bewusst, dass die Rückabwicklung einer  
6 fast 20 Jahre zurückliegenden Fehlentscheidung finanziell  
7 schwierig sein wird. Solche Kosten werden jedoch niedriger  
8 sein als die eines weiteren Verbleibs im Eurosyste, da des-  
9 sen weitere Entwicklung bezüglich der Fremdhaftung und  
10 der Zinseinbußen unabsehbar und daher nicht zu begrenzen  
11 ist.

### 12 **2.3 Erhalt des Bargelds**

13  
14  
15 Unser Bargeld ist in Gefahr. Mit Unterstützung von Bun-  
16 desregierung, Internationalem Währungsfonds und Euro-  
17 päischer Zentralbank wird seine schleichende Abschaffung  
18 vorbereitet.

19  
20 *Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der uneinge-  
21 schränkten Bargeldnutzung als wichtiges bürgerliches  
22 Freiheitsrecht.*

23  
24 Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des  
25 Gelds als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher  
26 eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den  
27 Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bar-  
28 geld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absen-  
29 kung der Zinsen bis in den negativen Bereich.

30  
31 Ein Bargeldverbot würde bedeuten, dass Zahlungsvorgän-  
32 ge nur noch elektronisch stattfinden können. Dies eröffnet  
33 Staat und Banken die totale Kontrolle über alle Geldströme  
34 und Wirtschaftsaktivitäten, über jede finanzielle Handlung

1 der Bürger, unter Umständen sogar über deren Aufenthalts-  
2 orte. Aus dem gläsernen Bankkunden würde der gläserne  
3 Mensch – Vollüberwachung bis hinein in private, ja intime  
4 Lebensbereiche. Mit einem freiheitlichen Rechtsstaat sind  
5 solche Kontrollmöglichkeiten nicht vereinbar.

### 6 **2.4 Keine deutsche Haftung für ausländische 7 Banken**

8  
9 Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige  
10 Haftungen auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher  
11 eigene Verbundlösungen schaffen können, die den unter-  
12 schiedlichen Profilen der Bankengruppen Rechnung tragen.

13  
14 *Wir wenden uns gegen jegliche Versuche der europäi-  
15 schen Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken, insbeson-  
16 dere aus Bankgeschäften.*

17  
18 Die „Bankenunion“ wäre ein weiterer Schritt in die von  
19 der AfD abgelehnte Haftungs- und Transferunion. Wir  
20 treten dafür ein, die nationale Souveränität über die Ban-  
21 ken- und Finanzdienstleistungen wiederherzustellen; dieser  
22 Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren  
23 unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

24  
25 Die grenzüberschreitende Haftung der deutschen Banken  
26 für alle anderen EU-Banken muss ausgeschlossen bleiben.

27  
28 Als Sofortmaßnahme, noch vor einem „D-Exit“, fordert  
29 die AfD darum die Bundesregierung und die Deutsche  
30 Bundesbank auf, die politisch bislang geduldete Überbean-  
31 spruchung des Verrechnungskontos „Target-2“ zu beenden.

32  
33  
34

1 Derzeit hat die Bundesbank offene Forderungen in Höhe von  
2 mindestens 790 Milliarden Euro gegenüber der EZB, deren  
3 Beitreibung mangels hinterlegter Sicherheiten ungewiss ist.

4  
5 Bis zum Ausstieg aus dem Euro sind diese gefährdeten  
6 Target-2-Forderungen der Bundesbank abzuschmelzen,  
7 jährlich an Stichtagen glattzustellen oder mit Sicherheiten zu  
8 unterlegen.

9  
10 **2.5 Mit uns ist Ihr Geld sicher: Absicherung der**  
11 **Bürger gegen eine Eurokrise**

---

12  
13 Deutschland muss auch in einem plötzlichen währungspo-  
14 litischen Krisenfall handlungsfähig sein.

15  
16 *Wir wollen deshalb für die Wiedereinführung einer neuen*  
17 *nationalen Währung („Deutsche Mark“) rechtzeitige Vor-*  
18 *kehrungen treffen*

19  
20 Für den Fall einer Verschärfung der Finanzkrise wollen wir  
21 schon jetzt vorsorglich ein gesetzliches Maßnahmenpaket  
22 auf den Weg bringen.

23  
24 Das im Ausland gelagerte Gold der Bundesbank muss voll-  
25 ständig und umgehend nach Deutschland überführt werden.

26 Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte  
27 Deutschland das Gold als temporäre Deckungsoption benö-  
28 tigen.

29  
30  
31  
32  
33  
34

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34



KAPITEL 3

# Außen- und Sicherheitspolitik: Deutsche Interessen durchsetzen

### 1 3.1 Außenpolitik muss sich an deutschen 2 Interessen ausrichten

3 Deutschland ist als eine der bedeutenden Wirtschaftsnati-  
4 onen der Welt daran interessiert, zu allen Staaten gute Bezie-  
5 hungen zu pflegen und das friedliche Zusammenleben der  
6 Völker zu fördern. Die AfD bekennt sich zu den Werten der  
7 Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts. Wir  
8 setzen uns für eine an deutschen Interessen ausgerichtete  
9 Außenpolitik ein.

10 Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie,  
11 die der Problemlage angepasst ist. Als Gestaltungsmacht  
12 innerhalb der Staatengemeinschaft kann unser Land zur  
13 Krisenprävention und friedlichen Lösung von Konflikten  
14 beitragen.

15 *17 Die Zukunft Europas liegt nicht in der EU in ihrem  
18 jetzigen Zustand und auch nicht in ihrer weiteren Zentrali-  
19 sierung, sondern in einem Europa souveräner Staaten, die  
20 partnerschaftlich zusammenarbeiten.*

21 Die AfD tritt dafür ein, die Vereinten Nationen so zu re-  
22 formieren, dass den veränderten Gewichtungen in der Welt  
23 Rechnung getragen wird.

24 *26 Wir streben einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicher-  
27 heitsrat sowie die Abschaffung der gegen Deutschland  
28 gerichteten Feindstaatenklausel in der Charta der  
29 Vereinten Nationen an.*

30 Die AfD fordert eine strikte Einhaltung des Nichteinmi-  
31 schungsgrundsatzes in innere Angelegenheiten von Staaten,  
32 auch durch nichtstaatliche Akteure. Die AfD setzt sich  
33

34 dafür ein, dass die Rolle der OSZE bei der Stabilisierung von  
1 Krisenregionen in Europa und seiner Peripherie ausgebaut  
2 wird.

3 Der internationale islamische Terrorismus ist eine ernste  
4 Bedrohung der westlichen Staatengemeinschaft. Seine  
5 Entstehung und Ausbreitung muss mit allen zur Verfügung  
6 stehenden legalen Mitteln bekämpft werden.

7 *Wir müssen die Stabilität von Staaten im Interesse un-  
8 serer Sicherheit und nicht im Namen von Demokratie und  
9 Moral unterstützen.*

### 10 3.2 Das Verhältnis zu wichtigen Staaten 11 ändert sich

12 Die USA sind der wichtigste Bündnispartner Deutschlands.  
13 Leitbild einer interessensgeleiteten deutschen Außen- und  
14 Sicherheitspolitik ist die Gleichberechtigung beider Partner.  
15 Die zunehmende Fokussierung der USA auf den pazifischen  
16 und ostasiatischen Raum erfordert eine autonome deutsche  
17 Sicherheitsstrategie.

18 Im Einklang mit den langjährigen Forderungen der USA  
19 nach einer gerechten Verteilung der Lasten und den europä-  
20 ischen Bestrebungen nach mehr Mitsprache in der NATO ist  
21 es nur folgerichtig und in deutschem Interesse, den europä-  
22 ischen Einfluss in der NATO zu stärken. Die NATO ist ein  
23 Verteidigungsbündnis. Die Landesverteidigung ist durch die  
24 europäischen Staaten weitgehend eigenständig zu gewähr-  
25 leisten.

1 *Die Schaffung einer EU-Armee oder den Einsatz deu -*  
2 *scher Streitkräfte für fremde Interessen lehnt die AfD ab.*

3  
4 Eine Entspannung im Verhältnis zu Russland ist für die  
5 AfD Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden in Europa.  
6 Es liegt im deutschen Interesse, Russland in eine sicherheits-  
7 politische Gesamtstruktur einzubinden, ohne eigene Interes-  
8 sen und die unserer Bündnispartner außer Acht zu lassen.

9  
10 *Die AfD tritt für die Beendigung der Sanktionspolitik ein.*  
11 *Die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland sollte*  
12 *vielmehr vertieft werden.*

13  
14 Die Beziehungen zur Türkei sind dagegen erschüttert und  
15 müssen neu gestaltet werden.

16  
17 Die Türkei gehört aufgrund ihrer Kultur und Religion nicht  
18 zu Europa. Die aktuellen politischen Entwicklungen geben  
19 Anlass zur Sorge auch im Hinblick auf die NATO-Mitglied-  
20 schaft und zeigen, dass sich die Türkei immer weiter von  
21 Europa und der westlichen Wertegemeinschaft entfernt.

22  
23 *Die AfD lehnt den Beitritt der Türkei zur EU ab und for-*  
24 *dert das sofortige Ende aller Beitrittsverhandlungen.*

### 25 **3.3 Deutschland muss sich selbst verteidigen**

26  
27 Die AfD fordert die Rückkehr der Streitkräfte zur Einsatz-  
28 bereitschaft. Deren Aufgaben ergeben sich aus dem Grund-  
29 gesetz und der Bedrohungslage. Derzeit genügt die Bundes-  
30 wehr diesem Anspruch weder strukturell und personell noch  
31 materiell. Das ist angesichts der gegenwärtigen Bedrohung  
32 Europas und der geopolitischen Neuausrichtung der USA  
33 gefährlich und daher inakzeptabel.

1 Die deutschen Streitkräfte sind so zu reformieren, dass  
2 deren Einsatzbereitschaft auch bei Einsätzen mit höchster  
3 Intensität gewährleistet ist. Dazu sind umfangreiche struk-  
4 turelle, personelle und materielle Veränderungen unabding-  
5 bar.

6  
7 Die Wehrpflichtarmee hat der Bundesrepublik Deutsch-  
8 land über mehr als fünf Jahrzehnte gute Dienste geleistet.  
9 Rechtfertigung der Wehrpflicht ist die Bedrohungslage, die  
10 sich in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Die allgemeine  
11 Wehrpflicht verwurzelt die Streitkräfte in der Gesellschaft.  
12 Dazu könnte der Wiederaufbau von Heimatschutzkräften  
13 oder ein Milizsystem nach Schweizer Vorbild mit kurzer  
14 Präsenzpflicht geeignet sein.

15  
16 *Die AfD fordert die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht*

### 17 **3.4 Die AfD fordert eine nationale** 18 **Sicherheitsstrategie**

19  
20 Die AfD plädiert für einen ganzheitlichen Ansatz beim  
21 Schutz von Staat, Wirtschaft und Bürgern. Dazu gehören  
22 sowohl militärische als auch zivile Komponenten. Wissens-  
23 und Technologiediebstahl muss verhindert werden. Im  
24 Zeitalter hybrider Bedrohungen und von „Cyberangriffen“  
25 durch staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie durch  
26 Terrorismus gewinnt eine zivil-militärische Zusammenarbeit  
27 an Bedeutung. Die gesamte Versorgung und Verwaltung des  
28 Landes hängen von einer widerstandsfähigen Infrastruktur  
29 ab. Staat und Bürger müssen gegen gewaltbereite Akteure,  
30 die sich bereits legal oder illegal im Land befinden, geschützt  
31 werden. Zu erreichen ist dies durch neue dezentralisierte  
32 Strukturen mit zentraler Koordination und allzeit verfügbare  
33 schnelle Reaktionskräfte.

34

1      *Um diese Ziele zu erreichen, fordert die AfD eine nationale*  
2      *Sicherheitsstrategie.*

3  
4      Die AfD betrachtet das Schengen-Abkommen als geschei-  
5      tert, da eine wirksame Kontrolle der Außengrenzen nicht  
6      gegeben ist.

7  
8      *Deshalb muss ein deutscher Grenzschutz aufgebaut wer-  
9      den, der die Staatsgrenzen zu schützen vermag, wobei der  
10     freie Personen- und Güterverkehr zu gewährleisten ist.*

### 12      **3.5 Deutschland soll seine wirtschaftlichen 13     Stärken ausbauen**

15      Die AfD fordert die Wahrnehmung deutscher Wirtschaftsin-  
16      teressen im gleichen Maß, wie auch andere Länder ihre eige-  
17      nen Interessen vertreten. Die Förderung der Außenwirtschaft  
18      muss auf Regierungsebene hohe Priorität genießen.

20      *Die AfD fordert den diskriminierungsfreien Zugang zu aus-  
21      ländischen Import- und Exportmärkten für deutsche Unter-  
22      nehmern. Dazu gehören auch der Zugang zu Rohstoffen un-  
23      die Freiheit der Handelswege.*

25      Verlässliche Handelsregeln zu erhalten und nach den Inter-  
26      ressen unseres Landes weiterzu entwickeln ist Kernaufgabe  
27      deutscher Außenwirtschaftspolitik.

29      Wir fordern außerdem, die Übernahmen deutscher Unter-  
30      nehmern durch ausländische stärker unter dem Gesichtspunkt  
31      deutscher wirtschaftlicher Interessen zu kontrollieren und  
32      gegebenenfalls zu unterbinden. Dies gilt insbesondere, wenn  
33      staatlich kontrollierte ausländische Unternehmen beteiligt  
34      sind oder der Abfluss wichtiger Technologien zu befürchten ist.

1      *Der Ausverkauf von Wissen, das in unserem Land von  
2      Generationen aufgebaut wurde, muss beendet werden.*

3  
4      Die Anmaßung supranationaler Gerichte ist zu beenden.  
5      Wenn deutsche Unternehmen im Ausland mit Strafzahlun-  
6      gen in volkswirtschaftlichen Dimensionen bedroht werden,  
7      werden wir auf der politischen Ebene gegen solche gezielte  
8      Zerstörung deutscher Unternehmen intervenieren.

9  
10     Die Interessen unserer Bürger im Gesundheits- und Ver-  
11     braucherschutz, im Tier- oder Naturschutz müssen in einer  
12     globalisierten Welt vertreten werden. Dafür brauchen wir  
13     hohe Schutzstandards und einen eindeutigen Umgang mit  
14     unterschiedlichen Standards.

15  
16     Wir wollen multilaterale Handelsabkommen im Rahmen  
17     der Welthandelsorganisation (WTO). Bilaterale Handelsver-  
18     träge sollen nur abgeschlossen werden, wenn multilaterale  
19     Handelsverhandlungen nicht durchführbar sind. Investiti-  
20     onsschutzverträge sollen nur abgeschlossen werden, wenn  
21     sie auch deutsche Unternehmen gegen unsichere Rechtsver-  
22     hältnisse absichern. Alle Abkommen müssen in transparen-  
23     ten Verfahren verhandelt werden.

25  
26     *Die AfD lehnt aus den dargelegten Gründen CETA, TISA  
27     und TTIP ab.*

28  
29     Dort, wo im Freihandel die Märkte versagen, soll die Han-  
30     delspolitik korrigierend eingreifen. Mit einer strategischen  
31     Handelspolitik nehmen wir die Interessen unserer Bürger  
32     wahr und schützen ihre Arbeitsplätze im globalen Wettbe-  
33     werb. Die AfD fordert die Bündelung der Außenwirtschaftsförde-  
34     rung im Bundesministerium für Wirtschaft.

1      **3.6 Entwicklungspolitik: Stabilität als Sicherheits-  
2      und Wirtschaftsinteresse**

---

3      Nach 50 Jahren Entwicklungspolitik ist das Ergebnis  
4      ernüchternd. Beispielsweise ist Afrika heute trotz (oder we-  
5      gen) aller Hilfen nur mit rund zwei Prozent am Welthandel  
6      beteiligt. Durch das rapide Bevölkerungswachstum werden  
7      die Ergebnisse der Entwicklungspolitik wieder zunichte  
8      gemacht.

9      *Die AfD fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel in  
10     der Entwicklungspolitik.*

11     Dabei sollten die deutsche und die europäische Entwick-  
12     lungshilfepolitik sich bewusst sein, dass die Dimension des  
13     afrikanischen Problems (2015 1,2 Mrd. Einwohner; 2050 2,4  
14     Mrd. Einwohner) so gewaltig ist, dass auch durch eine opti-  
15     mierte Entwicklungshilfepolitik dem Kontinent von außen  
16     nicht nachhaltig geholfen werden kann.

17     *Die AfD tritt für einen weiter gefassten Ansatz in der Ent-  
18     wicklungspolitik ein, welcher auch deutschen Sicherheits-  
19     und Wirtschaftsinteressen Rechnung trägt.*

20     Partnerländer und Projekte müssen unter Berücksichti-  
21     gung von Erfolgspotenzial, Nachhaltigkeit und des mögli-  
22     chen Eigenanteils ausgewählt werden. Hilfe soll primär  
23     Hilfe zur Selbsthilfe sein.

24     Wenn Länder in die Lage versetzt werden, sich aus eigener  
25     Kraft weiterzuentwickeln, verringert dies den Anreiz, nach  
26     Europa und insbesondere Deutschland auszuwandern.

27     *Durch Masseneinwanderung wird die Instabilität  
28     Deutschlands und Europas verstärkt, ohne die Probleme in  
29     den Krisenregionen zu lösen.*

30     Die Entwicklungsländer müssen in das internationale  
31     Handelssystem einbezogen werden mit Erleichterungen  
32     für deren Ausfuhren in die Industrieländer und einem  
33     angemessenen Schutz für den Aufbau der eigenen Wirt-  
34     schaftsentwicklung. Marktwirtschaftliche Strukturen in  
35     allen Bereichen sollen gefördert werden. Das bedeutet eine  
36     weitgehende Beteiligung der Privatwirtschaft an Entwick-  
37     lingsprojekten.

38     *Statt Finanztransfers fordern wir die Öffnung unserer  
39     Märkte für Produkte aus Entwicklungsländern. Zugleich  
40     wollen wir deutsche Unternehmer dabei unterstützen, in  
41     diese Länder zu investieren, und dortige Unternehmer bei  
42     der Professionalisierung ihrer Tätigkeit fördern.*



# Innere Sicherheit

1 Der Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt an der  
2 Berliner Gedächtniskirche war der vorläufige Tiefpunkt einer  
3 ganzen Serie von Ereignissen, die zeigen, dass es um unsere  
4 Sicherheit schlecht bestellt ist. Terror und Kriminalität sind  
5 keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss.  
6 Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man  
7 bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.

#### 9 **4.1 Ausweisung, Abschiebung und Ausbürgerung**

10 Der erhebliche Anteil von Ausländern gerade bei der  
11 Gewalt- und Drogenkriminalität begegnet derzeit nur halb-  
12 herzigen ausländerrechtlichen Maßnahmen. Insbesondere  
13 können sich ausländische Kriminelle sehr häufig auf Ab-  
14 schiebungshindernisse berufen und sind auf diese Weise von  
15 Abschiebung verschont.

16 *Wir fordern daher: 1. Erleichterung der Ausweisung, ins-  
17 besondere die Wiedereinführung der zwingenden Auswei-  
18 sungs bei ernstzunehmender Kriminalität; 2. Verhängung  
19 der Ausweisung bereits durch die Strafgerichte; 3. Ermög-  
20 lichung der Unterbringung nicht abschiebbarer Kriminel-  
21 ler im Ausland aufgrund bilateraler Vereinbarungen mit  
22 geeigneten Staaten.*

23 *Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhin-  
24 dern durch: 1. Verhinderung des Erwerbs der deutschen  
25 Staatsangehörigkeit durch bloße Geburt in Deutschland,  
26 weil hierdurch u.a. Angehörige krimineller Clans automa-  
27 tisch zu deutschen Staatsbürgern werden können; 2. Ab-  
28 schaffung des einklagbaren Anspruchs auf Einbürgerung;  
29 3. Verschärfung der Ausschlussgründe für Einbürgerung  
30 bei Kriminalität.*

31 *Schließlich muss die Ausbürgerung krimineller Staats-  
32 bürger mit Migrationshintergrund möglich werden: 1.  
33 bei erheblicher Kriminalität innerhalb von zehn Jahren  
34 nach erfolgter Einbürgerung; 2. bei Mitwirkung in  
Terrororganisationen (z.B. IS); 3. bei Zugehörigkeit zu  
kriminellen Clans und zwar auch dann, wenn die  
Ausgebürgerten dadurch staatenlos werden.*

35 Hierzu ist Art. 16, Abs. 1 GG entsprechend zu ändern.

#### 36 **4.2 Vollstreckung im Ausland**

37 Zur Entlastung der innerdeutschen Justizvollzugsanstal-  
38 ten, aber auch zur Erhöhung der Abschreckungswirkung  
39 des Strafvollzuges sind für ausländische Straftäter durch  
40 Vereinbarungen mit ausländischen, möglichst heimatnahen  
41 Staaten dort Vollzugsanstalten einzurichten, die den Anfor-  
42 derungen der EMRK entsprechen, unter deutscher Leitung  
43 und der Anwendung deutschen Rechts stehen und zu denen  
44 jederzeitiger Zugang zu dienstlichen Zwecken ebenso mög-  
45 lich ist wie der Besuch von Angehörigen und Rechtsanwäl-  
46 ten.

#### 47 **4.3 Jugendstrafrecht**

48 Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in Ballungs-  
49 gebieten dramatisch. Eine besondere Rolle hierbei spielen  
50 gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses  
51 Recht gegenübersteht. Erzieherische Erfolge in diesem  
52 Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch sofortige  
53 Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen.

1        Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der ein-  
2        schlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der  
3        immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss  
4        das Strafmündigkeitsalter auf 12 Jahre abgesenkt und mit  
5        dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenen-  
6        strafrecht Anwendung finden.

#### 4.4 Reform der Polizei

10       Die öffentliche Sicherheit ist trotz großen persönlichen  
11       Einsatzes der Polizeibeamten in Bund und Ländern nicht  
12       angemessen gewährleistet: Personalmangel, strukturelle  
13       Unzulänglichkeiten, unzureichende Ausrüstung und Bewaff-  
14       nung treffen auf schlechte Bezahlung und z.T. empörend mi-  
15       serable soziale Absicherung. Durch höchst unterschiedliche  
16       Arbeitsbedingungen machen sich Bund und Länder zudem  
17       untereinander Konkurrenz und jagen sich gegenseitig die  
18       besten Beamten ab. Damit muss endlich Schluss sein.

20       Die AfD fordert daher: 1. Neustrukturierung der Bun-  
21       despolizeien unter einheitlicher Führung; 2. Überführung  
22       der Bereitschaftspolizeien der Länder in die Bundespoli-  
23       zei; 3. Wiederbelebung des Einsatzes von Wehrpflichtigen  
24       im Grenzdienst; 4. Gleiche Besoldung bundesweit durch  
25       eine eigene Besoldungsordnung für Polizei, Soldaten und  
26       Rettungsdienste mit einer der jeweiligen Gesundheits- bzw.  
27       Lebensgefährdung angemessenen Zusatzvergütung; 5. Be-  
28       zahlte Überstunden und Sondereinsätze; 6. Bundeseinheit-  
29       liche Uniformen; 7. Bundeseinheitliche, modernste und la-  
30       geangepasste Bewaffnung und Ausrüstung (u.a. Bodycam,  
31       Taser); 8. Bundeseinheitliche Dienstvorschriften; 9. Wie-  
32       derherstellung der freien Heilfürsorge mit privatärztlicher  
33       Behandlung; 10. Übernahme von Dienstunfähigkeits- und

1        Diensthaftpflichtversicherung durch den Dienstherrn; 11.  
2        Witwen- und Waisenrenten in Höhe der Pensionsansprüche  
3        des Endamtes bei Tod durch qualifizierten Dienstunfall

#### 4.5 Bessere Fahndungsmöglichkeiten

7        Wir fordern: 1. dass die Polizeibehörden an kriminali-  
8        tätse neuralgischen öffentlichen Plätzen und Gebäuden eine  
9        Videoüberwachung mit Gesichtserkennungssoftware ein-  
10       setzen können; 2. dass bei der Fahndung nach unbekannten  
11       Tätern – anders als derzeit – vorhandenes DNA-Spurenma-  
12       terial bei Bedarf auch zur Feststellung körperlicher und bio-  
13       geographischer Merkmale der gesuchten Person untersucht  
14       werden kann, um so zielgerichtete Fahndungsmaßnahmen  
15       erst möglich zu machen.

#### 4.6 Organisierte Kriminalität bekämpfen

19       Die organisierte Kriminalität (OK) muss nachhaltig be-  
20       kämpft werden.

22       Dazu gehört, Gewinne aus Straftaten besser abzuschöpfen  
23       und folgerichtig die bereits bestehenden rechtlichen Inst-  
24       rumente des Verfalls und der Einziehung besser zu nutzen.  
25       Die Mehrzahl der Täter im Bereich der organisierten Krimi-  
26       nalität sind Ausländer. Sie auszuweisen, muss vereinfacht  
27       werden. Deshalb ist für diesen Personenkreis bei entspre-  
28       chendem Verdacht die OK-Zugehörigkeit als Ausweisungs-  
29       grund einzuführen.

---

**4.7 Abmahnvereine abschaffen**

---

1  
2  
3 Die Durchsetzung des Rechts ist Sache des Staates. Dieser  
4 hat das Gewaltmonopol und muss dafür Sorge tragen, dass  
5 das Recht korrekt angewandt wird.

6  
7 *Der Abmahnindustrie, die das Urheberrecht missbraucht,*  
8 *um von unbescholtenen Bürgern im Internet jährlich Milli-*  
9 *onenbeträge abzukassieren, will die AfD einen gesetzlichen*  
10 *Riegel vorschieben*

---

**4.8 Sichere Identifizierung von  
Asylbewerbern ermöglichen**

---

15 Die AfD fordert die Schaffung der rechtlichen und techni-  
16 schen Voraussetzungen, um allen Behörden länderübergrei-  
17 fend die Möglichkeit zu geben, sich innerhalb kürzester Zeit  
18 zweifelsfrei davon überzeugen zu können, ob eine Person  
19 schon andernorts unter abweichenden Personalien regist-  
20 riert ist.

1	1
2	2
3	3
4	4
5	5
6	6
7	7
8	8
9	9
10	10
11	11
12	12
13	13
14	14
15	15
16	16
17	17
18	18
19	19
20	20
21	21
22	22
23	23
24	24
25	25
26	26
27	27
28	28
29	29
30	30
31	31
32	32
33	33
34	34



# **Asyl braucht Grenzen: Zuwanderung und Asyl**

## 1 5.1 Die demographischen Probleme Europas 2 und Afrikas

3 Während die europäische Bevölkerung überaltert und  
4 schrumpft, explodiert sie in Afrika und in den arabisch-mus-  
5 limischen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. In  
6 Afrika bekommt jede Frau im Durchschnitt 4,5 Kinder.  
7 Gleichzeitig nimmt die Kindersterblichkeit dank interna-  
8 tionaler Hilfe stark ab. Die Geburtenrate in Europa liegt  
9 demgegenüber bei 1,6 und in Deutschland bei 1,4.

10  
11 Dies bedeutet, dass in der Zeit bis 2050 die Population  
12 Afrikas, einschließlich aller arabischen Länder, von heute  
13 1,2 Milliarden Menschen auf 2,4 Milliarden wachsen wird.  
14 Die derzeit in Europa lebenden rund 590 Millionen Menschen  
15 werden sich im gleichen Zeitraum zahlenmäßig auf ca.  
16 540 Millionen verringern wovon ein Drittel über 60 Jahre  
17 alt sein wird.

18  
19 Im Verhältnis zum wohlhabenden Europa stellt Afrika ein  
20 Armenhaus der Welt dar. Aus beiden Ursachen – dem Be-  
21 völkerungswachstum Afrikas und dem Wohlstandsgefälle zu  
22 Europa – entsteht ein Wanderungsdruck, der Dimensionen  
23 einer Völkerwanderung hat. Sozialgeographische Fachleute  
24 sind seit langem in der Lage, diesen Wanderungsdruck zu  
25 quantifizieren. Im arabischen Raum werden 23 % der Bevöl-  
26 kerung als auswanderungswillig eingeschätzt, in Afrika unterhalb  
27 der Sahara etwa 37 %. In absoluten Zahlen sind dies  
28 derzeit rund 350 Millionen wanderungswillige Menschen,  
29 überwiegend junge Männer. Bis 2050 wird sich deren Zahl  
30 auf rund 950 Millionen erhöhen. Eine zunehmende Zahl so-  
31 genannter „Failed States“ und fehlende Geburtenkontrollen  
32 tragen ihren Teil zu dieser schier unlösbaren Situation bei.

33 Vor diesem Problemhintergrund ist offensichtlich, dass  
34 Wanderungsbewegungen von Afrika nach Europa im zu  
1 erwartenden Umfang unseren Kontinent in wenigen Jahren  
2 destabilisieren können. Pauschale Zuwanderungsquoten für  
3 einen Teil der auswanderungswilligen Bevölkerungen sind  
4 ethisch nicht zu verantworten, weil damit gleichzeitig die  
5 große Mehrheit abgewiesen wird. Politische Forderungen in  
6 dieser Hinsicht sind daher pseudohumanitär und selbstzer-  
7 störerisch. Individuelle Schutz- und Asylgarantien wurden  
8 1949 für verfolgte Einzelpersonen geschaffen. Sie verspre-  
9 chen unter den heutigen Bedingungen der massenhaften,  
10 globalisierten Wanderungsbewegungen Unmögliches. Sie  
11 können nicht aufrechterhalten werden.

12  
13 Ziel der AfD ist Selbsterhaltung, nicht Selbstzerstörung  
14 unseres Staates und Volkes. Die Zukunft Deutschlands und  
15 Europas muss langfristig gesichert werden.

16  
17 *Wir wollen unseren Nachkommen ein Land hinterlassen,  
18 das noch als unser Deutschland erkennbar ist.*

## 19 5.2 Zuwanderung muss nach unseren Regeln 20 stattfinden

21  
22 Die Zuwanderung kann die Probleme der sozialen Siche-  
23 rungssysteme, die in Deutschland durch den Geburtenrück-  
24 gang entstanden sind und in Zukunft in verschärfter Form  
25 in Erscheinung treten werden, nicht lösen. Vielmehr werden  
26 die bestehenden Probleme durch die derzeitige Art und das  
27 Ausmaß der Zuwanderung verschärft.

1 *Die Grenzen müssen umgehend geschlossen werden, um*  
2 *die ungeregelte Massenimmigration in unser Land und*  
3 *seine Sozialsysteme durch überwiegend beruflich*  
4 *unqualifizierte Asylbewerber sofort zu beenden.*

5  
6 Eine erfolgreiche Integration all dieser Menschen, darun-  
7 ter ein beträchtlicher Anteil von Analphabeten, ist unmög-  
8 lich. Wir brauchen über mehrere Jahre diesbezüglich eine  
9 Minuszuwanderung.

10  
11  
12 Vorrang vor Zuwanderung haben familien- und bevölke-  
13 rungspolitische Maßnahmen, insbesondere eine „aktivieren-  
14 de Familienpolitik“, aber auch die Reduzierung der Abwan-  
15 derung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland.

16  
17 *Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt, und*  
18 *ausschließlich qualifizierten Zuzug nach Bedarf zulassen.*

19  
20 Über Qualität und Quantität einer Einwanderung selbst zu  
21 bestimmen, ist herausragendes Merkmal staatlicher Souve-  
22 ränität; das muss auch für Deutschland gelten.

23  
24 Einen Asylantrag soll nur stellen dürfen, wer seine Iden-  
25 tität nachweist. Alle abgelehnten Asylbewerber sind in ihre  
26 Herkunftsländer zurückzuführen. Der Bund soll dafür zu-  
27 ständig werden, um eine einheitliche Verwaltungspraxis zu  
28 gewährleisten und die Verweigerungshaltung nicht koopera-  
29 tiver Bundesländer zu überwinden. Wir fordern zudem eine  
30 jährliche Mindestabschiebequote.

31  
32 Sollten sich die Herkunftsländer weigern, ihre Bürger  
33 wieder einreisen zu lassen, muss auf diese Länder Druck  
34 ausgeübt werden, zum Beispiel durch die Einstellung der

1  
2 Entwicklungshilfe. Hilfsweise müssen die Migranten in auf-  
3 nahmebereite Drittstaaten überführt werden.

### 5.3 Die Türkei gehört nicht in die EU

4  
5 *Einen EU-Beitritt der Türkei lehnen wir ebenso strikt ab*  
6 *wie Visaerleichterungen oder gar Visafreiheit für türkische*  
7 *Staatsbürger.*

8  
9 Privilegien für türkische Staatsangehörige, die auf längst  
10 überholten Verträgen beruhen – z.B. Kranken-Mitversiche-  
11 rung von Eltern im Sozialversicherungsabkommen oder ihre  
12 ausländerrechtliche Bevorzugung nach dem sogenannten  
13 Assoziationsratsbeschluss 1/80 – müssen beendet werden.  
14 Das ganze entsprechende Abkommen der EU mit der Türkei  
15 aus dem Jahr 1963 ist aufzukündigen.

### 5.4 Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

16  
17 Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht  
18 sowohl aus anderen EU-Staaten als auch aus Drittstaaten  
19 zahlreiche Armutszuwanderer an. Hierbei werden die Frei-  
20 zügigkeit in der EU bzw. das Asylrecht missbraucht, um sich  
21 Zugang zum Sozialsystem zu verschaffen. Diesem Miss-  
22 brauch wollen wir einen Riegel vorschieben:

23  
24 *Sozialleistungen sollen EU-Bürgern erst dann gewährt*  
25 *werden, wenn diese zuvor vier Jahre versicherungspflichtig*  
26 *in Deutschland beschäftigt waren und ihren Lebensunter-*  
27 *halt damit vollständig selbst decken konnten.*

1        *Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylbewerber*  
2        *dürfen keine Anreizwirkung entfalten und sind auf das*  
3        *unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Es muss der*  
4        *Grundsatz gelten: „Sachleistungen vor Geldleistungen“.*

## 5        **5.5 Zuflucht in der Herkunftsregion statt** 6        **ungebremster Massenmigration nach Deutschland**

9        Der massenhafte Missbrauch des Asylgrundrechts muss  
10      durch eine Grundgesetzänderung beendet werden. Aus  
11      demselben Grund müssen die veraltete Genfer Flüchtlings-  
12      konvention und andere supra- und internationale Abkom-  
13      men neu verhandelt werden – mit dem Ziel ihrer Anpassung  
14      an die Bedrohung Europas durch Bevölkerungsexplosionen  
15      und Migrationsströme der globalisierten Gegenwart und  
16      Zukunft.

18        *Wir fordern die nationale Souveränität bei jeder Form*  
19        *der Zuwanderung.*

21        Das „Gemeinsame europäische Asylsystem“ (GEAS)  
22      lehnen wir ab. Die europäische Zusammenarbeit soll sich  
23      im Wesentlichen auf die Sicherung der europäischen Außen-  
24      grenze konzentrieren. Asylanträge sind deshalb außerhalb  
25      Europas zu stellen. Wo immer europäisches Recht diesen  
26      Prämissen entgegensteht, muss es geändert oder aufgehoben  
27      werden.

29        *Die AfD bekennt sich dazu, ökonomische Fluchtursachen*  
30        *zu vermeiden, auch wenn dies für die westliche Wirtschaft*  
31        *zunächst Nachteile mit sich bringen könnte.*

1        Durch ausreichende Erhöhung der Mittel der UNHCR für  
2        Flüchtlingszentren in heimat- und kulturnahen Regionen  
3        soll bereits geflohenen Menschen eine sichere Aufnah-  
4        möglichkeit geboten werden.

5        *Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die*  
6        *Bundeswehr müssen ihre Schlepper-Hilfsdienste auf dem*  
7        *Mittelmeer beenden und alle Flüchtlingsboote an ihre*  
8        *Ausgangsorte zurückbringen, anstatt die Passagiere nach*  
9        *Europa zu befördern.*

12        Wo das rechtlich oder tatsächlich nicht möglich ist, sind  
13      sie nach dem australischen Vorbild ausnahmslos in  
14      außereuropäische Aufnahmezentren zu überführen.

16        *Wir fordern strenge Kontrollen an den deutschen*  
17        *Grenzübergängen wie auch die Bewachung der grünen*  
18        *Grenze durch integrierte Sicherungssysteme, zu denen*  
19        *auch Zäune gehören können.*

## 5.6 Kein Familiennachzug in unsere Sozialsysteme

22        Die Anerkennungsquote für Asylbewerber ist seit 2014  
23      von unter 30 % auf aktuell fast 70 % angestiegen, obwohl die  
24      wenigsten aus Kriegsgebieten kommen und alle über sichere  
25      Drittstaaten einreisen. In diesen Fällen besteht sowohl nach  
26      Art. 16 a Grundgesetz wie auch nach geltendem  
27      internationalen Recht kein Schutzanspruch. Die  
28      entgegenstehende tägliche Anerkennungspraxis in  
29      Deutschland findet statt, obwohl durch die Grundgesetz-  
30      reform diese Art der Immigration unterbunden werden  
31      sollte. Diese Praxis muss sofort beendet werden.

1      *Um die Verantwortlichen für die ab September 2015  
2      geduldete Massenzuwanderung zur Rechenschaft zu ziehen,  
3      werden wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses  
4      im Bundestag verlangen.*

5      Jedem anerkannten Asylbewerber folgen durchschnittlich  
6      ein bis vier Familienangehörige. Die Mehrheit dieser Men-  
7      schen wird mit hoher Sicherheit dauerhaft von Sozialleistun-  
8      gen leben.

9      *Wir lehnen jeglichen Familiennachzug für Flüchtlinge ab,  
10     da die deutschen Sozialsysteme diese Lasten nicht tragen  
11     können.*

12     Entfällt der Fluchtgrund im Herkunftsland anerkannter  
13     Flüchtlinge, endet in aller Regel deren Aufenthaltserlaubnis.  
14     Sie müssen zurückkehren. Insbesondere der Schutz vor Bür-  
15     gerkrieg ist rein temporär ausgelegt und darf nicht zu einer  
16     Einwanderung durch die Hintertür führen.

17     Führen diese Maßnahmen nicht mindestens zu einer  
18     Null-Zuwanderung, muss ein Gesetz eine absolute Belas-  
19     tungsgrenze definieren, ab deren Erreichen zum Schutz  
20     Deutschlands keinerlei Asylbewerber mehr aufgenommen  
21     werden.

22     Die astronomischen Kosten der Massenzuwanderung müs-  
23     sen transparent und lückenlos über alle staatlichen Ebenen  
24     ausgewiesen und in einem übergreifenden „Flüchtlingshaus-  
25     halt“ unter demokratische Kontrolle gestellt werden.

## 5.7 Die Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer explodieren

1      Unbegleitete, angeblich minderjährige Ausländer (UMA)  
2      missbrauchen das Ausländer- und Asylrecht. Fast alle von  
3      ihnen sind männlich, und zwischen 50 % und 80 % derer,  
4      die sich als minderjährig ausgeben, sind volljährig. Ihre  
5      Kriminalitätsrate ist unverhältnismäßig hoch, der Staat ist  
6      wehrlos. Sie dienen als sogenannte Ankerkinder zum späte-  
7      ren Nachzug ihrer Familien.

8      2015 wurden in Deutschland 67.000 dieser als minderjäh-  
9      rig eingestuften Ausländer neu registriert, 2016 erneut über  
10     50.000. Bei Kosten von durchschnittlich 60.000 bis 80.000  
11     Euro pro UMA und Jahr entstehen schon heute jährliche  
12     Kosten nur für diese Personengruppe von schätzungsweise 6  
13     bis 10 Milliarden Euro. Diese Missstände wollen wir beenden  
14     und fordern

- 15     ▶ obligatorische Altersuntersuchungen in Zweifelsfällen,
- 16     ▶ den Ausschluss von Familiennachzug
- 17     ▶ und den ausnahmslosen Übergang ins Asylverfahren  
18     bei Erreichen der Volljährigkeit.

1      **5.8 Integration ist die Aufgabe des Einwanderers,**  
2      **nicht „der Gesellschaft“**

---

3  
4      Jeder Migrant oder Einwanderer hat eine Bringschuld,  
5      sich selbst zu integrieren. Er muss sich seiner neuen Heimat  
6      anpassen, nicht umgekehrt.

7  
8      *Die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung  
9      darf nur derjenige erhalten, an dessen dauerhaft erfolg-  
10     reicher Integration und Loyalität zu seiner neuen Heimat  
11     keine Zweifel bestehen.*

12  
13     Eine Absenkung der schulischen und beruflichen Anforde-  
14     rungen aus Gründen einer vermeintlich besseren Integration  
15     darf es nicht geben.

16  
17     *Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsan-  
18     gehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn  
19     kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem  
20     Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis  
21     zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.*

22  
23     Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohl begründete  
24     Sonderfälle beschränkt werden.

25  
26     Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen  
27     führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit und  
28     zwar auch dann, wenn Staatenlosigkeit eintritt. Hierzu ist  
29     Art. 16, Abs. 1 des Grundgesetzes entsprechend zu ändern.

30  
31  
32  
33  
34

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34



KAPITEL 6

# Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

## 1 *DER ISLAM IM KONFLIKT MIT DER* 2 *FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN* 3 *GRUNDORDNUNG*

---

5 Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung  
6 des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen,  
7 deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr  
8 für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Wertes-  
9 ordnung. Altkanzler Schmidt hat in seiner politischen Bilanz  
10 diesen Umstand richtig erkannt und bereits 2008 formu-  
11 liert: „Wer die Zahlen der Muslime in Deutschland erhöhen  
12 will, nimmt eine zunehmende Gefährdung unseres inneren  
13 Friedens in Kauf.“

14  
15  
16 *Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert*  
17 *oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als*  
18 *alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demo-  
19 kratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.*

20  
21 Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind  
22 geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will  
23 jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische  
24 Parallelgesellschaften bilden, wo muslimische „Friedens-  
25 richter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das  
26 staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung  
27 unterlaufen.

28  
29 Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewis-  
30 sens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Re-  
31 ligionsausübung (gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 136, Abs. 1  
32 Weimarer Verfassung) Schranken zu setzen durch staatliche  
33 Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches  
34 Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und  
Traditionen.

1 Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind  
2 im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind  
3 Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und  
4 der Kunstfreiheit.

5  
6 *Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Isl -*  
7 *mophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir*  
8 *fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellek-*  
9 *tuellen Diskurs zu ersetzen.*

10  
11 Verfassungsfeindlichen Vereinen, die nach Art. 9, Abs. 2  
12 Grundgesetz zu verbieten sind, ist der Bau und Betrieb von  
13 Moscheen wegen der konkreten Gefahr zu untersagen, dass  
14 Imame dort Lehren verbreiten, die zu einer gegen unsere  
15 Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisie-  
16 rung von Muslimen beitragen.

17  
18 *Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum ge-*  
19 *waltbereiten Salafismus und Terror radikalisieren. Auch*  
20 *die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen*  
21 *durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw.*  
22 *deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.*

23  
24 Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb  
25 von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und  
26 ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen  
27 Kulturkrieg. So ist die Abhängigkeit der rund 900 Ditib-Mo-  
28 scheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse  
29 Angelegenheiten“ der Türkei (Diyanet) nicht hinnehmbar.  
30 Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf  
31 in Deutschland lebende Türken aus und behindert damit  
32 deren Integration und Loyalität zu unserem Staat.

1      *Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschafts-  
2      zeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer  
3      dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich  
4      hierbei um religiösen Imperialismus.*

5  
6      Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu  
7      einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die  
8      christlichen Kirchen und jüdischen Gemeinden in der Mo-  
9      derne praktizieren.

10  
11     Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserer Verfassungs-  
12     ordnung bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutsch-  
13     land sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame,  
14     die gegen die Verfassung agitieren, erhalten ein Predigtver-  
15     bot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzun-  
16     gen abgeschoben.

17  
18     *Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universi-  
19     tätten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneu-  
20     ralen Islamwissenschaft zu übertragen.*

21  
22     Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Sta-  
23     tus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen,  
24     weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichen-  
25     de Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung  
26     des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen. Die  
27     Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen  
28     Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religio-  
29     nen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam  
30     fremd.

31  
32     *Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleie-  
33     rung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst*

1      Burka und Niqab errichten durch die Gesichtsverhüllung  
2      eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und  
3      erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft.  
4      Ein Verbot ist nach einem Urteil des Europäischen  
5      Gerichtshofs für Menschenrechte von 2014 auch  
6      rechtmäßig.

7  
8      *Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden,  
9      in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von  
10     Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.*

11  
12     Der Integration und Gleichberechtigung von Frauen und  
13     Mädchen sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit  
14     widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der  
15     Unterordnung von Muslimas unter den Mann. Das Urteil des  
16     Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein gene-  
17     relles Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verfas-  
18     sungswidrig sei, betrachtet die AfD als ein Hindernis für eine  
19     erfolgreiche Integrationspolitik.

20  
21     *Die AfD verlangt, eine standesamtliche Eheschließung (vor  
22     jeder religiösen Trauung) rechtlich wieder für verbindlich zu  
23     erklären. Religiöse Trauungen können diese staatsrechtliche  
24     Voraussetzung zur Anerkennung einer Ehe nicht ersetzen.*

25  
26     Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch  
27     Imame, soll wieder in Kraft gesetzt und die Streichung der §§  
28     67 und 67a im Personenstandsgesetz von 2009 rückgängig  
29     gemacht werden. Nur so können wir der Imam-Ehe entge-  
30     genwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trau-  
31     ung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und  
32     Verwandtenehe ermöglicht. Im Ausland geschlossene Ehen  
33     gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere  
34     Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstößen, sollen in  
Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.

# Willkommenskultur für Kinder: Familien und Bevölkerungs- entwicklung

1 Die dramatische Zunahme der Ehe- und Kinderlosigkeit  
2 und das Verschwinden normaler mittelgroßer Familien –  
3 von den etablierten Parteien längst als alternativlos hin-  
4 genommen – sorgen für eine Schrumpfung unserer ange-  
5 stammten Bevölkerung um mehr als 250.000 Personen  
6 pro Jahr, mit stark steigender Tendenz. Die AfD stemmt  
7 sich gegen diesen Trend zur Selbstabschaffung und will  
8 Deutschlands Gesellschaft von Grund auf familien- und  
9 kinderfreundlicher gestalten.

10  
11 Wir wollen das Land unserer Väter und Mütter nicht  
12 irgendjemandem hinterlassen, der dieses Erbe verschleudert  
13 oder ausplündert, sondern unseren Nachkommen, denen  
14 wir unsere Werte vorgelebt und mitgegeben haben. Stabile  
15 Familien sind die Mitte und Grundlage jeder sich selbst  
16 erhaltenden Gesellschaft, in der Wohlstand und sozialer  
17 Frieden herrschen und Werte weitergegeben werden.

18  
19 Deutschland braucht einen Paradigmenwechsel hin zu  
20 einer nationalen Bevölkerungspolitik. Familienpolitik soll  
21 deshalb den Maßstab für alle mit ihr verbundenen Politik-  
22 felder setzen, insbesondere für die Sozial-, Steuer- und Bil-  
23 dungspolitik.

## 24 25 **7.1 Schutz des ungeborenen Lebens**

26  
27 Auch ungeborene Kinder haben ein Recht auf Leben. Viel  
28 zu oft wird dieses Recht der Selbstverwirklichung oder sozia-  
29 len Zukunftsängsten untergeordnet. Solchen Ängsten will die  
30 AfD durch konkrete Hilfen für Familien in allen Lebenslagen  
31 vorbeugen, insbesondere den lebensrettenden Ausweg der  
32 Adoption erleichtern und fördern.

1 Bereits vorher muss aber die Gesellschaft in Familien,  
2 Schule und Medien den Respekt vor dem Leben und ein  
3 positives Bild von Ehe und Elternschaft vermitteln. Die  
4 Schwangerschaftskonfliktberatung muss tatsächlich dem  
5 Schutz des Lebens dienen. Wie vom Bundesverfassungsge-  
6 richt zur Bedingung gestellt, ist regelmäßig die Wirksamkeit  
7 der Beratungsscheinregelung zu überprüfen. Gegebenenfalls  
8 ist durch gesetzliche Korrekturen ein wirksamer  
9 Lebensschutz zu gewährleisten.

10  
11 *Wir lehnen alle Bestrebungen ab, die Tötung Ungebo-  
12 ner zu einem Menschenrecht zu erklären.*

## 13 14 **7.2 Für eine familien- und kinderfreundliche 15 Politik, damit Deutschland sich nicht abschafft!**

16  
17 Der Erhalt des eigenen Staatsvolks ist vorrangige Aufgabe  
18 der Politik und jeder Regierung. Dies kann in der derzeitigen  
19 demographischen Lage Deutschlands nur mit einer aktiven  
20 Bevölkerungspolitik gelingen.

21  
22 Ohne ausgeglichene Geburtenbilanz ist der soziale Friede,  
23 soweit er auf unserem Sozial-, Renten- und Gesundheitssys-  
24 tem basiert, gefährdet. Das Staatsziel des Erhalts unseres  
25 Staatsvolks macht Maßnahmen zur Erhöhung der Geburten-  
26 zahl erforderlich, auch um unsere Sozialversicherungssyste-  
27 me zu stabilisieren.

28  
29 *Eine kinderfreundliche Gesellschaft und der Erhalt des  
30 Staatsvolks sind daher als Staatsziel ins Grundgesetz aufzu-  
31 nehmen.*

1   **7.3 Mut zu Kindern: Familien müssen**  
2   **gefördert werden**

3  
4   Die AfD will durch Aufklärung und Hilfen junge Menschen  
5   ermutigen, eine Familie zu gründen. Kinder dürfen nicht  
6   länger ein Armutsrisiko sein.

7  
8   Ehe, Familie, Haushaltsführung und Kindererziehung  
9   sollen in den Lehrplänen und Schulbüchern aller allgemein-  
10   bildenden Schulen (wieder) eine positive Berücksichtigung  
11   finden.

12  
13   Die AfD will auch die Fürsorge für pflegebedürftige An-  
14   gehörige besser unterstützen. Diese Familienarbeit muss  
15   gleichwertig anerkannt werden und zu Sozialversicherungs-  
16   ansprüchen führen wie jede andere berufliche Tätigkeit.

17   **7.4 Kinder willkommen heißen!**

18  
19   Eine Willkommenskultur für Kinder muss sich auch in  
20   konkreten Maßnahmen zeigen: *Ein Baby-Begrüßungsgeld*  
21   in Form von Bargeld oder sofortigem Steuernachlass soll  
22   dazu einen Beitrag leisten.

23  
24   Eltern soll ein längerer Anspruch auf Arbeitslosengeld I  
25   zustehen und ihre Neueinstellung durch Wiederein-  
26   gliederungshilfen an den Arbeitgeber gefördert werden.

27  
28   Studenten mit gutem Studienabschluss, die während des  
29   Studiums oder kurz danach Eltern werden, wollen wir die  
30   BaFöG-Rückzahlung erlassen.

31  
32   Die von Kommunen erhobene Zweitwohnungsteuer für  
33   Jugendliche in Ausbildung soll abgeschafft werden.

3  
4   Familien, in denen Kinder erzogen werden, leisten einen  
5   ebenso wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der sozialen  
6   Sicherungssysteme wie aktive Beitragszahler.

7  
8   Daher will die AfD durch einen umfassenden Leistungs-  
9   ausgleich eine Steuer- und Beitragsgerechtigkeit für Familien  
10   herstellen.

11  
12   Dazu gehört ein Familiensplitting, das über angemessene  
13   Freibeträge pro Familienmitglied zu einer spürbaren Entlas-  
14   tung von Familien führen soll.

15   **7.5 Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie**  
16   **ist verfassungsfeindlich**

17  
18   Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unter-  
19   schiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlecht-  
20   liche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als  
21   Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. Damit steht sie in  
22   klarem Widerspruch zum Grundgesetz, das die (klassisch  
23   verstandene) Ehe und Familie als staatstragendes Insti-  
24   tut schützt, weil nur dieses das Staatsvolk als Träger der  
25   Souveränität hervorbringen kann. Die Gender-Ideologie  
26   widerspricht sowohl den wissenschaftlichen Erkenntnissen  
27   der Biologie und der Entwicklungspsychologie als auch der  
28   lebenspraktischen Alltagserfahrung vieler Generationen.

29  
30   Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie  
31   internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instru-  
32   mente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für  
33   Frauen, Propagandaaktionen wie den „Equal Pay Day“  
34   oder die „geschlechterneutrale Sprache“ umzusetzen.

1 Die AfD will, dass sich die Familienpolitik des Bundes und  
2 der Länder am Bild der Familie aus Vater, Mutter und Kin-  
3 dern orientiert. Wir lehnen alle Versuche ab, den Sinn des  
4 Wortes „Familie“ in Art. 6, Abs. 1 Grundgesetz auf andere  
5 Gemeinschaften auszudehnen und der Familie auf diesem  
6 Wege den besonderen staatlichen Schutz zu entziehen.

7

### 8 **7.5.1 Gender-Ideologie raus aus den Schulen –** 9 **Frühsexualisierung stoppen**

10

11 Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexuali-  
12 tät im Unterricht, wie sie die sogenannte „Sexualpädagogik  
13 der Vielfalt“ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in  
14 die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom  
15 Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar.  
16 Dadurch werden Kinder und Jugendliche – oft von  
17 schulfremden Personen und meist gegen den Willen ihrer  
18 Eltern – in ihrer sexuellen Identität verunsichert,  
19 überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt.

20

21 *Die AfD stellt sich daher allen Versuchen entgegen,  
22 durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in  
23 Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle  
24 Familienbild zu beseitigen.*

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

1

### 2 **7.5.2 Steuerverschwendungen durch** 3 **„Gender-Forschung“ beenden**

4

5 Die „Gender-Forschung“ ist keine seriöse Wissenschaft,  
6 sondern folgt der ideologischen Vorgabe, dass das natürliche  
7 Geschlecht (Sex) und das soziale Geschlecht (Gender) vonei-  
8 nander völlig unabhängig seien. Ziel ist letztlich die Abschaf-  
9 fung der natürlichen Geschlechterpolarität.

10 Bund und Länder dürfen keine Mittel für die „Gender-For-  
11 schung“ mehr bereitstellen und keine „Gender-Professuren“  
12 mehr besetzen. Bestehende Förderlinien sollen beendet wer-  
13 den, die der „Gender-Ideologie“ verpflichteten „Gleichstel-  
14 lungenbeauftragten“ an den Universitäten sind abzuschaffen.

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

# Bildung und Schule: Mut zur Differenzierung

1 Wir bekennen uns zur umfassenden Bildung, die zur  
2 Entfaltung der Persönlichkeit sowie zur Wahrnehmung  
3 der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten notwendig ist.  
4 Die Politik der etablierten Parteien, die eine nivellierende  
5 Einheitsschule anstrebt und dabei Qualitätsverlust in Kauf  
6 nimmt, bedroht die Zukunftschancen junger Menschen und  
7 somit auch die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft.  
8

9 Die Bildungsstandards der verschiedenen Schulformen  
10 müssen sich an den Anforderungen der weiterführenden Bil-  
11 dungseinrichtungen ausrichten, damit der Übergang von der  
12 Schule in die Ausbildung oder zum Studium ohne zu große  
13 Enttäuschung verläuft.

14  
15 *Wir fordern die Abkehr von geschwätziger Kompetenz-  
16 orientierung und die Rückkehr zur Vermittlung des Fach-  
17 wissens als zentrales Anliegen der Schule.*

18 Die sogenannte „neue Lernkultur“, die den klassengeführ-  
19 ten Unterricht durch selbstgesteuertes, kompetenzorientier-  
20 tes Lernen ersetzt, hat zu massivem Leistungsabbau bei den  
21 Schülern geführt. In fast allen Bundesländern haben sich  
22 nach der Aufregung um „PISA“ Bildungspolitiker und Schul-  
23 aufsicht zu Handlangern der Testindustrie machen lassen.  
24 Eine Reform jagt die andere mit kontinuierlicher Absenkung  
25 des Niveaus.  
26

27  
28 *Die AfD lehnt den Einfluss von internationalen Konze-  
29 nen, Stiftungen und anderen Lobbygruppierungen auf  
30 unser Bildungssystem und damit auf die Zukunftsfähigkeit  
31 Deutschlands ab. Eine Ökonomisierung und Globalisierung  
32 des deutschen Bildungswesens wird es mit uns nicht geben.*

## 8.1 Mehrgliedriges Schulsystem erhalten

1 Der schlechenden Abschaffung verschiedener Schulfor-  
2 men und der Entwicklung hin zur nivellierenden Einheits-  
3 schule muss Einhalt geboten werden. Effizientes Lehren und  
4 Lernen ist nur möglich, wenn die Leistungsunterschiede  
5 zwischen den Schülern einer Schulform begrenzt bleiben.  
6 Bildungsgerechtigkeit erfordert Differenzierung nicht  
7 Gleichmacherei.  
8

9  
10 *Wir befürworten daher ein nach Begabungen differe-  
11 ziertes Schulsystem, das dem unterschiedlichen Leistungs-  
12 vermögen der Schüler gerecht wird.*  
13

14 Die Bildungsstandards in allen Schulformen müssen sich  
15 an dem jeweils höchsten Niveau in Deutschland ausrichten.  
16 Zugangsvoraussetzung für das Gymnasium dürfen allein  
17 landesweit verbindliche Leistungskriterien sein. Das Abitur  
18 muss wieder zum Ausweis der Studierfähigkeit werden, der  
19 Haupt- oder Realschulabschluss zu qualifizierter Berufsaus-  
20 bildung befähigen.  
21

## 8.2 Berufliche Bildung stärken: Meister statt Master

22  
23 Die duale Ausbildung in Unternehmen und Berufsschulen  
24 ist ein Erfolgsmodell. Jedoch gefährden das Streben nach  
25 immer höheren Abiturienten- und Akademikerquoten sowie  
26 unzureichende Kenntnisse von Haupt- und Realschulabsol-  
27 venten den Nachwuchs in den Ausbildungsberufen. Zahlrei-  
28 che Lehrstellen können aus Mangel an ausreichend quali-  
29 fizierten Bewerbern nicht besetzt werden, ein Viertel der  
30 Lehrlinge bricht die Ausbildung ab. Ähnlich hoch sind die  
31 Abbrecherquoten bei Studierenden.  
32

33  
34

1        Wir wollen das weltweit geschätzte berufliche Bildungs-  
2        und Ausbildungssystem stärken. Der Wert und Nutzen der  
3        beruflichen Bildung muss stärker gewürdigt werden.

4

### 5        **8.3 Keine ideologisch motivierte Inklusion: 6        Förder- und Sonderschulen erhalten**

7

8        Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten  
9        Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in  
10        Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förder-  
11        bedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unter-  
12        stützung, die die Regelschule nicht leisten kann.

13        *Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und  
14        Sonderschulen ein.*

15

### 16        **8.4 Folgen der Massenimmigration: Nicht auf dem 17        Rücken der Schüler**

18

19        Ziel der Beschulung schulpflichtiger Asylbewerber muss es  
20        sein, diese auf das Leben nach der Rückkehr in ihr Her-  
21        kunftsland vorzubereiten und die Zeit bis zur Rückkehr  
22        sinnvoll zu überbrücken. Einheimische Schüler dürfen nicht  
23        in ihrem Lernfortschritt behindert werden.

24

### 25        **8.5 Keine ideologische Beeinflussung an der 26        Schule: Die Neutralität der Schule muss gewahrt 27        bleiben**

28

29        Das Klassenzimmer darf kein Ort der politischen Indoktri-  
30        nation sein. An deutschen Schulen wird oft nicht die Bildung  
31        einer eigenen Meinung gefördert, sondern die unkritische  
32        Übernahme ideologischer Vorgaben. Leitbild der schulischen  
33        Bildung muss jedoch der selbstständig denkende Bürger sein.

34

### 1        **8.6 Keinen bekenntnisgebundenen Islam- 2        unterricht an deutschen Schulen!**

3

4        Islamunterricht an deutschen Schulen dient derzeit nicht  
5        der Integration, sondern fördert ein Verharren in Einstellun-  
6        gen, die echte Integration verhindern.

7        *Integration heißt nicht, dass Deutschland sich Muslimen  
8        anpasst. Integration heißt, dass die Muslime sich Deutsch-  
9        land anpassen.*

10        Da die islamischen Gemeinschaften in Deutschland keine  
11        kirchenähnliche Struktur aufweisen, kann ihnen das Privil-  
12        eg eines „bekenntnisgebundenen“ Religionsunterrichts an  
13        staatlichen Schulen nicht zugestanden werden.

14

### 15        **8.8 Keine Sonderrechte für Muslime an unseren 16        Schulen!**

17

18        Muslimische Schüler müssen genauso wie alle anderen  
19        Schüler auch am Sport- und Schwimmunterricht sowie an  
20        Klassenfahrten teilnehmen. Nur so können wir der Her-  
21        ausbildung von Parallelgesellschaften gegensteuern und  
22        den Schülern Teilhabechancen eröffnen, damit Integration  
23        gelingt.

24        1  
2        2  
3        3  
4        4  
5        5  
6        6  
7        7  
8        8  
9        9  
10        10  
11        11  
12        12  
13        13  
14        14  
15        15  
16        16  
17        17  
18        18  
19        19  
20        20  
21        21  
22        22  
23        23  
24        24  
25        25  
26        26  
27        27  
28        28  
29        29  
30        30  
31        31  
32        32  
33        33  
34        34

1

### 8.9 Kein Koranunterricht an verfassungs- feindlichen Moscheevereinen

2

Die Koranschulen in Deutschland werden zumeist von Moscheevereinen betrieben. Viele dieser Vereine stehen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ablehnend gegenüber.

3

4

5

6

7

8

*Wir fordern deshalb eine flächendeckende Überprüfung aller Moscheevereine und bei Verdacht auf Verfassungsfeindlichkeit als Sofortmaßnahme ein Verbot, Koranunterricht zu erteilen.*

9

10

11

12

13

14

15

16

### 8.10 Bologna ist gescheitert: Diplom und Magister wieder einführen

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

Die EU- weite Harmonisierung von Studiengängen (Bologna-Prozess) hat zu einer Verschulung des Studiums, zu Überregulierung und Bürokratie geführt. Die akademische Freiheit wurde beschnitten, ein Studienplatzwechsel erschwert. Bei der hohen Zahl von 18.044 Studiengängen (Stand 2015/16), die durch den Zwang zur Profilierung entstanden sind, ist die Vergleichbarkeit von Abschlüssen deutlich erschwert. Arbeitgeber kritisieren die geringe Qualifikation von Bachelor-Absolventen.

27

28

29

30

31

*Die AfD will die bewährten Diplom- und Magisterstudiengänge wieder einführen. Die Modularisierung des Studiums und die Akkreditierungsagenturen sollen abgeschafft werden.*

32

33

34

Das Promotionsrecht muss Universitäten vorbehalten bleiben. Deutsch muss als Lehr- und Wissenschaftssprache erhalten bleiben.

### 8.11 Autonomie der Hochschulen stärken: Freiheit von Forschung und Lehre bewahren

Deutschland muss ein Land der Spitzenforschung bleiben. Wir wollen eine höhere Grundfinanzierung der Hochschulen einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern. Hochschulen sollen das Recht besitzen, Bewerber durch Aufnahmeprüfungen auszuwählen. Der durch planwirtschaftliche Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten erzeugte Zwang zur Nivellierung ist zu beenden.

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8  
9  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34



KAPITEL 9

# Kultur und Medien

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

## 9.1 Deutsche Leitkultur statt „Multikulturalismus“

Die AfD bekennt sich zur deutschen Leitkultur. Diese fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung. Sie umfasst neben der deutschen Sprache auch unsere Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte. Unser liberaler Rechtsstaat, unsere Wertschätzung von Bildung, Kunst und Wissenschaft und der sozialen Marktwirtschaft als Ausdruck menschlicher Kreativität und Schaffenskraft sind damit engstens verbunden.

Die Ideologie des „Multikulturalismus“ gefährdet alle diese kulturellen Errungenschaften. Kultur ist nur als etwas wechselbezugliches Ganzes von Gesellschaften zu verstehen. „Multi-Kultur“ ist Nicht-Kultur oder Parallelität von Kulturen und damit Ausdruck von Parallelgesellschaften, die stets zu innenpolitischen Konflikten und zur Funktionsunfähigkeit von Staaten führen.

Die Zivilgesellschaften funktionierender Staaten sind daher aufgerufen, ihre Kulturen zu schützen und eigenständig weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch für die deutsche kulturelle Identität. Der in Europa bereits stattfindende Kulturmampf zwischen Abendland und dem Islam als Heilslehre und Träger von nicht integrierbaren kulturellen Traditionen und Rechtsgeboten kann nur abgewendet werden durch ein Bündel von defensiven und restriktiven Maßnahmen, die eine weitere Zerstörung der europäischen Werte des Zusammenlebens aufgeklärter Bürger verhindern.

*Die AfD wird nicht zulassen, dass Deutschland aus falsch verstandener Toleranz sein kulturelles Gesicht verliert.*

## 9.2 Die deutsche Sprache als Zentrum unserer Identität

Die Nationalsprache ist das Herz einer Kulturnation.

*Als zentrales Element deutscher Identität will die AfD die deutsche Sprache als Staatssprache im Grundgesetz fest-schreiben.*

An deutschen Schulen darf es kein Zurückweichen des Deutschen vor Einwanderersprachen geben.

*Auf EU-Ebene wollen wir dafür sorgen, dass das Deutsche dem Englischen und Französischen auch in der alltäglichen Praxis gleichgestellt wird, solange die EU noch besteht.*

Die AfD sieht mit Sorge, wie die deutsche Sprache in Wissenschaft und Wirtschaft zunehmend durch das Englische ersetzt wird, und will dem mit gezielten Fördermaßnahmen entgegenwirken. Auch „politisch korrekte“ Sprachvorgaben lehnen wir entschieden ab, weil sie einer natürlichen Sprachentwicklung entgegenstehen und die Meinungsfreiheit einengen.

## 9.3 Ideologiebesetzte kulturpolitische Vorgaben des Staates beseitigen

Nirgendwo ist die ideologische Beeinflussung seitens des Staates so stark wie in der Kulturpolitik. Die AfD will die Kulturpolitik an fachlichen Qualitätskriterien und ökonomischer Vernunft anstatt an politischen Vorgaben ausrichten. Dementsprechend müssen der Einfluss der Parteien auf das Kulturerleben zurückgedrängt, gemeinnützige private Kulturstiftungen und bürgerliche Kulturinitiativen gestärkt werden.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

1 Die aktuelle Verengung der deutschen Erinnerungskultur  
2 auf die Zeit des Nationalsozialismus ist zugunsten einer  
3 erweiterten Geschichtsbetrachtung aufzubrechen, die auch  
4 die positiv identitätsstiftenden Aspekte deutscher Geschichte  
5 mit umfasst.

6

#### 7 **9.4 Bekenntnis zur Kulturhöheit der Länder –** 8 **keine „politisch korrekte“ Kunst und Kultur!**

9

10 Die AfD bekennt sich zur Kulturhöheit der Bundesländer.  
11 Kulturelle Förderprogramme des Bundes und der EU, die an  
12 ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind, wollen wir durch  
13 Förderlinien ersetzen, die der Bewahrung des kulturellen  
14 Erbes oder dessen würdiger Fortschreibung dienen.

15 Für „politisch korrekte“ Kunst und Kultur darf es keine  
16 staatlichen Anreize geben.

17

#### 18 **9.5 Medien: Den öffentlich-rechtlichen Rundfunk** 19 **reformieren und verschlanken**

20

21 Die AfD fordert die Abschaffung des geräteunabhängigen  
22 „Rundfunkbeitrags“. Ein bundesweites Vollprogramm (Fern-  
23 sehen / Hörfunk) ist ausreichend, um den Auftrag eines  
24 unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu erfüllen.  
25 Die Aufsichtsräte der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstal-  
26 ten sind von staatlichem Einfluss so weit wie möglich  
27 freizuhalten.

28  
29  
30 Um den Rundfunk effektiv zu reformieren, sind die Run -  
31 funkstaatsverträge zu kündigen.

32  
33 Werbung in den öffentlich-rechtlichen Programmen wo -  
34 len wir abschaffen.

1 Die Berichterstattung in den öffentlich-rechtlichen Pro-  
2 grammien muss sachlich und ausgewogen sein und darf sich  
3 nicht nach den Interessen von Regierungen, Parteipolitik  
4 oder Lobbygruppen ausrichten. Der öffentlich-rechtliche  
5 Rundfunk hat sich im Rahmen des Informations-, Bildungs-  
6 und Kulturauftrags als Dienstleiter, nicht als Erzieher des  
7 Beitragszahlers zu verstehen.

8

#### 9 **9.6 Das Internet als Ort der freien Meinungs-** 10 **äußerung erhalten**

11

12 Das Internet als Medium der Kommunikation, Informa-  
13 tion und freien Meinungsäußerung darf abseits der Verfol-  
14 gung von Straftaten keinerlei Beschränkung und Zensur  
15 unterliegen.

16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34

# Steuern und Finanzen, Wirtschaft und Arbeit

1 Unser Steuersystem ist das komplexeste der Welt. Eine  
2 Vereinfachung wurde von den etablierten Parteien schon  
3 lange versprochen, aber nie realisiert. Globalisierung und  
4 Euro-Krise erfordern ein grundsätzliches Umdenken. Die  
5 demografische Entwicklung bringt die sozialen Sicherungs-  
6 systeme in Gefahr. Die ungesteuerte Migration verschlim-  
7 mert diese Probleme dramatisch. Die Behauptung, sie trage  
8 zur Problemlösung bei, widerspricht allen Tatsachen. Eine  
9 solche Aussage hat ausschließlich propagandistischen Cha-  
10 rakter.

11  
12 Es ist Zeit für eine grundlegende Reform, die bereits im  
13 Grundsatzprogramm der AfD angelegt ist:

- 14
- 15 ▶ Reduzierung der Steuer- und Abgabenquote
  - 16 ▶ Reformierung der Steuersysteme
  - 17 ▶ Rückbau der Bürokratie
  - 18 ▶ mittelstandsfreundliche Wirtschaftspolitik

19  
20 Eine durch Staatsverschuldung finanzierte Stützung der  
21 Renten- und Sozialsysteme kommt für die AfD nicht in Be-  
22 tracht. Dies wäre keine nachhaltige Politik.

23  
24 Auch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse  
25 verbietet eine solche Politik. Vorrangig sind Subventionen  
26 abzubauen und überflüssige Staatsausgaben zu kürzen.

27  
28 Die AfD ruft alle demokratisch legitimierten Parteien auf,  
29 sich in der nächsten Legislaturperiode an einem großen  
30 Steuer- und Sozialreformprozess zu beteiligen.

## 10.1 Steuern

1  
2 *Die AfD wendet sich gegen eine Ausweitung der Abgaben-  
3 belastung und fordert die Einführung einer Abgabenbremse  
4 (Steuern, Beiträge und Gebühren) zugunsten der Bürger im  
5 Grundgesetz.*

6  
7 Damit soll verhindert werden, dass Steuern und Abgaben  
8 in Zukunft beliebig erhöht werden können. Die Obergrenze  
9 sollte maximal der heutigen Abgabenquote entsprechen und  
10 mittelfristig 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht  
11 übersteigen. Eine solche Politik ist erforderlich, weil sowohl  
12 die Staatsfinanzierung als auch der Wohlstand der Bürger in  
13 erster Linie von einer blühenden Wirtschaft abhängen. Ne-  
14 ben innovativer Forschung und gut ausgebildeten Menschen  
15 braucht der Wirtschaftsprozess finanzielle Rahmenbedin-  
16 gungen, welche die Eigenfinanzierung für die technologische  
17 Infrastruktur der Zukunft ermöglichen und die internationale  
18 Wettbewerbsfähigkeit auch bei der Abgabenlast gewährleisten.

19  
20 Die AfD will, dass eine seit Jahrzehnten in etlichen Wahl-  
21 kämpfen von unterschiedlichen Parteien versprochene  
22 Steuerreform, die diesen Namen verdient, Wirklichkeit wird.  
23 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ein „Herumdoktern“ am  
24 bestehenden Steuersystem dieses nur komplexer und keines-  
25 wegs gerechter macht.

26  
27 Wir sind bereit, gemeinsam mit allen demokratischen  
28 Parteien, Tarifparteien, Verbänden und wissenschaftlichen  
29 Einrichtungen ein zukunftsorientiertes Steuersystem auf den  
30 Weg zu bringen, das selbstverständlich auch die erforderli-  
31 chen sozialen Belange berücksichtigt.

1 Leitideen der AfD sind dabei:

- 2 ▶ Einfach, transparent und gerecht. Der progressive  
3 Anstieg der Steuer wird durch Steuerstufen abgelöst.  
4 Eine Indexierung der Tarife, Freibeträge und  
5 Freigrenzen, Pauschbeträge und Pauschalen muss die  
6 schlechende (heimliche) Steuererhöhung vermeiden.  
7 ▶ Entlastung der geringen und mittleren Einkommen.  
8 Der Grundfreibetrag wird auf das pfändungsfreie  
9 Einkommen angehoben und die Stufen werden so  
10 gewählt, dass Gering- und Durchschnittsverdiener  
11 entlastet werden.  
12 ▶ Das Ehegattensplitting wird durch ein sozial gerechtes  
13 Familiensplitting ergänzt, bei dem das Familienein-  
14 kommen auf alle Familienmitglieder verteilt wird vor  
15 der Tarifanwendung.  
16 ▶ Schaffung einer fairen Unternehmensbesteuerung.  
17 Gewinne sind dort zu versteuern, wo sie erwirtschaftet  
18 werden.

19 Die AfD ist für eine Abschaffung der Erbschaftsteuer als  
20 Substanzsteuer und gegen die Reaktivierung der Vermögen-  
21 steuer. Intakte Familien denken und leben in Generationen-  
22 zusammenhängen.

23 *Die Übergabe von Vermögen – auch und gerade in Un-  
24 ternehmen gebundenes – ist Privatangelegenheit und darf  
25 nicht dem Staatszugriff ausgesetzt werden*

## 26 **10.2 Haushaltspolitik**

27 Das primäre finanzwirtschaftliche Ziel der Alternative  
28 für Deutschland sind ausgeglichene Haushalte. Die Staats-  
29 ausgaben sind durch Einnahmen zu decken. Die Erhöhung  
30 von Abgaben oder Aufnahme von Schulden zur Deckung der

31 Ausgaben ist auf die strengen Vorgaben einer Schulden-  
32 bremse zu beschränken. Die Bürger haben ein Recht auf  
33 verlässliche staatliche Rahmenbedingungen, die ihnen eine  
34 nachhaltige Lebensplanung gewährleisten.

35 *Zur Vermeidung von Erblasten für spätere Generationen  
36 ist die Tilgung bestehender Schulden verbindlich gesetz-  
37 geberisch zu regeln.*

38 *Die Alternative für Deutschland fordert zudem die ver-  
39 pflichtende Einführung der kaufmännischen Buchführung  
40 für alle Staatshaushalte. Der darin in Zukunft abgebildete  
41 jährliche Werteverzehr aller Vermögensgegenstände, die  
42 einem solchen unterliegen, ist in den Haushalten zu erwirt-  
43 schaften und zu thesaurieren. Haushalte sind nur dann  
44 ausgeglichen, wenn diese Vermögensverluste monetär  
45 erwirtschaftet sind, wie dies schon heute für alle Kommu-  
46 nalhaushalte vorgeschrieben ist.*

47 Diese kaufmännische Betrachtungsweise muss in der Zu-  
48 kunft auch angewendet werden auf alle Versorgungsanwalt-  
49 schaften, welche die Bediensteten der öffentlichen Verwal-  
50 tung gegenüber öffentlichen Dienstherrn bzw. Arbeitgebern  
51 erwerben.

## 52 **10.3 Soziale Arbeitswelt**

53 Die AfD befürwortet einen gesetzlichen Mindestlohn, da er  
54 bei den jetzigen Verhältnissen die vergleichsweise schwache  
55 Position der Niedriglohnempfänger gegenüber den Interes-  
56 sen der Arbeitgeber stärkt.

1        Insbesondere erlaubt der Mindestlohn eine Existenz  
2        jenseits der Armutsgrenze und die Finanzierung einer, wenn  
3        auch sehr bescheidenen, Altersversorgung, die ansonsten  
4        im Wege staatlicher Unterstützung von der Gesellschaft zu  
5        tragen wäre. Mindestlöhne verhindern somit auch die Privati-  
6        sierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Sozialisierung der  
7        Armutskosten.  
8

9        Prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzen zunehmend sozialver-  
10        sicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dies wirkt  
11        sich negativ auf den Wohlstand aus, da das Fehlen einer  
12        materiellen Grundlage durch eigene Arbeit z.B. Familien-  
13        gründungen erschwert. Daraus entstehen Negativwirkungen  
14        für die Demografie. Zudem leidet der Aufbau der eigenen  
15        Altersvorsorge.

16  
17        *Die AfD fordert deshalb auch eine gesetzliche Obergrenze  
18        von 15 Prozent Beschäftigte mit Leih- oder Werkverträgen  
19        in Unternehmen.*

20  
21        Leiharbeit muss nach einer sechsmonatigen Beschäfti-  
22        gungszeit einer festen Anstellung gleichgestellt werden.  
23        Zeitarbeitsverträge dürfen nur einmal verlängert werden. Sie  
24        dürfen nur unter festgelegten Bedingungen abgeschlossen  
25        werden.  
26

#### 27        **10.4 Arbeitslosigkeit und Qualifikation für 28        Langzeitarbeitslose**

29  
30        Die Bundesagentur für Arbeit ermittelt Arbeitslosenquo-  
31        ten, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen.  
32        Hunderttausende von Arbeitslosen werden dabei statistisch  
33        nicht erfasst (Maßnahmen in Jobcentern, Arbeitslose über  
34

1        58 Jahre, erkrankte Arbeitslose u.a.). Die AfD fordert eine  
2        realistische Datenerhebung.  
3

4        Die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Dauerarbeitslosig-  
5        keit, konnte bisher nachhaltig nicht gesenkt werden. Die  
6        heutigen Eingliederungs- und Qualifizierungsmaßnahmen  
7        gehen vielfach an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts  
8        vorbei. Deshalb können viele offene Stellen nicht besetzt  
9        werden. Wir fordern daher eine bedarfsangepasste Qualifi-  
10        zierung. Diese muss in enger Abstimmung insbesondere mit  
11        der mittelständischen Wirtschaft erfolgen, bei welcher 80 %  
12        der Arbeitnehmer Deutschlands beschäftigt sind.  
13

#### 14        **10.5 Wirtschaftspolitik durch Abbau 15        bürokratischer Hindernisse**

16  
17        Die AfD will ein investitions- und innovationsförderndes  
18        wirtschaftliches Umfeld. Wir wollen auf breiter Front  
19        deregulieren und Bürokratie abbauen. Mit Sorge beobach-  
20        ten wir zu viele und ineffiziente Regulierungen, welche die  
21        Entwicklung insbesondere der mittelständischen Unterneh-  
22        men behindern. Wir wollen unternehmerischen Geist neu  
23        entfachen und Unternehmensgründern dadurch helfen, dass  
24        wir bürokratische Hindernisse und unnötige Zwangsabgaben  
25        etwa durch Kammerzwang beseitigen.  
26

#### 27        **10.6 Gesicherte Einlagen bei Bankinsolvenzen**

28  
29        Die AfD fordert, dass die Kunden das Recht auf Konten  
30        haben, die die Geldinstitute im Sondervermögen halten  
31        müssen. Diese Vermögen sind im Fall einer Bankinsolvenz  
32        geschützt. Bereits jetzt werden Aktien als Sondervermögen  
33        (Treuhandvermögen) bei Geldinstituten gehalten.  
34



# Sozialpolitik

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

## 11.1 Sozialpolitik und Zuwanderung

Unser Land steht vor großen sozialen Herausforderungen. Es gilt die hohe Kinderarmut und die drohende Altersarmut zu bekämpfen. Eine Vielzahl von Arbeitslosen ist in Beschäftigung zu bringen. Die Infrastruktur unseres Landes ist in Teilen heruntergewirtschaftet, ohne dass dies in den öffentlichen Haushalten abgebildet wird. Die Stabilisierung der Sozialsysteme erfordert bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung besondere Anstrengungen. Unsere begrenzten Mittel stehen deshalb nicht für eine unverantwortliche Zuwanderungspolitik, wie sie sich kein anderes europäisches Land zumutet, zur Verfügung. Sowohl die Euro-Rettungspolitik als auch die Niedrigzinspolitik der EZB erschweren diese schicksalhaft notwendige Reformpolitik für Deutschland. Auch deshalb müssen die Weichen für den Euro und Europa völlig neu gestellt werden.

Unser Sozialstaat kann nur erhalten bleiben, wenn die geforderte finanzielle Solidarität innerhalb einer klar definierten und begrenzten Gemeinschaft erbracht wird. Eine Auflösung des Nationalstaats führt unweigerlich zur Gefährdung unserer gewohnten sozialstaatlichen Errungenschaften.

## 11.2 Benachteiligung von Familien beseitigen und Kinderarmut bekämpfen

Die Abgabenlast für Familien ist zu hoch. Obwohl das Bundesverfassungsgericht gefordert hat, die Existenzminima von Kindern und Eltern wirksam steuerfrei zu stellen, ist der Gesetzgeber dem nicht angemessen nachgekommen.

*Die AfD setzt sich für die nachhaltige steuerliche Entlastung von Familien durch Einführung eines Familiensplittings ein, welches das Familieneinkommen vor Versteuerung auf die Familienmitglieder rechnerisch verteilt.*

In diesem Zuge sind auch die steuerlichen Benachteiligungen von Kindern und Eltern aus Trennungs- und Scheidungsfamilien zu beseitigen. Der Erwerb von Wohneigentum durch Familien sollte z.B. durch zinslose Darlehen, Zuschüsse und Erlass der Grunderwerbsteuer erleichtert werden.

Die AfD setzt sich auch für eine bessere Berücksichtigung der Leistungen von Eltern in der Rentenversicherung ein. Die Kinder von heute sind die potenziellen Beitragszahler von morgen. Wer Kinder großzieht und Rentenversicherungsbeiträge leistet, trägt deshalb doppelt zur Sicherung der Renten bei.

*Erziehungszeiten müssen deshalb eine dieser Leistung angemessene Rentenerhöhung der Eltern zur Folge haben.*

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

### 11.3 Grundsätzliches zur Rente

Den Menschen in unserem Land wieder Sicherheit im Arbeitsleben und im Alter zu geben, ist der Alternative für Deutschland ein besonderes Anliegen. Nur mit einer ausreichenden Versorgung im Alter kann Altersarmut verhindert werden. Das Bestreben der AfD ist es daher, das System der gesetzlichen Rentenversicherung so zu gestalten, dass es leistungsfähig und den Herausforderungen der Zukunft nachhaltig gewachsen ist. Die besondere demografische Herausforderung der nächsten Jahrzehnte wird – mindestens vorübergehend – eine stärkere Mitfinanzierung aus Steuermitteln erforderlich machen.

Unbeschadet solcher Hilfestellung außerhalb der Beitragsfinanzierung der staatlichen Renten müssen die beiden Säulen Betriebsrente und rein private Altersvorsorge gesetzgeberisch gestärkt werden. Hierzu bedarf es der Steuerfreistellung der Ansparbeiträge verbunden mit einer nachgelagerten Ertragsbesteuerung. Für eine wirkungsvolle Ausgestaltung solcher Systeme ist die Zinspolitik der EZB tödlich. Auch deshalb muss Deutschland aus der Eurozone austreten, sofern nicht unverzüglich Änderungen in die Tat umgesetzt werden.

### 11.4 Rente und Lebensarbeitszeit

Die AfD fordert, die Rente zukünftig bei Erreichen einer klar definierten anrechenbaren Lebensarbeitszeit statt, wie bisher vom Lebensalter abhängig, zu gewähren.

Bekanntlich wird bereits in naher Zukunft die Zahl der Rentner im Verhältnis zur Zahl der Beitragszahler überproportional steigen. Die jüngeren Generationen der Beitrags-

zahler werden diese finanzielle Verpflichtung nicht alleine schultern können. Es wird daher notwendig sein, die staatlichen Transferzahlungen aus allgemeinen Steuermitteln an die Rentenversicherung erheblich zu erhöhen, um die Beiträge der arbeitenden Menschen in erträglichen Grenzen zu halten.

Auch aus diesem Grund ist die derzeitige Migrationspolitik sofort zu beenden. Die zur Zeit dort mobilisierten jährlichen Milliardenbeträge, mit steigender Tendenz für die Zukunft, müssen in die Stabilisierung der Alterssicherung der deutschen Bevölkerung umgelenkt werden.

Wer als Rentner arbeiten möchte und damit dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung steht, soll dies ohne Einschränkung seiner Rentenbezüge tun können. Ein solches zusätzliches Einkommen muss von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung freigestellt werden. Damit wird auch einem von der Demografie vorgezeichneten Fachkräftemangel entgegengewirkt.

### 11.5 Rente und versicherungsfremde Leistungen

Die AfD tritt dafür ein, dass Leistungen aus Mitteln der staatlichen Rentenversicherung, die sich nicht über Maßstäbe sozialer Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der gesamten Solidargemeinschaft rechtfertigen lassen („echte“ versicherungsfremde Leistungen) entweder ausgegliedert oder über staatliche Transferleistungen finanziert werden. Allein im Jahr 2015 sind aus dem Etat der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen in zweistelliger Milliardenhöhe erfolgt.

## 11.6 Doppelbesteuerung der staatlichen Rente 2 vermeiden

3 Die AfD setzt sich dafür ein, zu überprüfen, ob die im Zuge  
4 der Einführung einer nachgelagerten Rentenbesteuerung  
5 vom Bundesverfassungsgericht als unrechtmäßig erkannte  
6 Doppelbesteuerung der Renten tatsächlich durch die derzei-  
7 tige gesetzgeberische Regelung vermieden wird.

## 11.7 Grundsicherung im Alter: Wer gearbeitet hat, 2 muss später mehr haben

3 Erwerbstätige, die jahrzehntelang sozialversicherungs-  
4 pflichtig beschäftigt waren, aber beispielsweise durch nied-  
5 rige Entlohnung oder unterbrochene Erwerbsbiographien  
6 keinen Rentenanspruch aufbauen konnten, der das Niveau  
7 der Grundsicherung übersteigt, werden derzeit genauso be-  
8 handelt, wie Personen, die niemals sozialversicherungs-  
9 pflichtig beschäftigt waren. Das ist ungerecht.

10 *Die AfD will daher dafür sorgen, dass durch Arbeits-  
11 leistung und andere anrechenbare Zeiten, zum Beispiel  
12 Erziehungszeiten, erworbene Rentenansprüche mit einem  
13 angemessenen Aufschlag zur Grundsicherung Berücksichti-  
14 gung finden.*

## 11.8 Gerechtigkeit beim Arbeitslosengeld

12 Seit der Sozialrechtsreform 2005 (Hartz-Reform) wird  
13 bei der Festlegung der Höhe des Anspruchs auf Arbeitslo-  
14 sengeld-2 und – von geringfügiger Stufung abgesehen – der  
15 Bezugsdauer von Arbeitslosengeld 1 nicht berücksichtigt, ob  
16 und ggf. wie lange der Betroffene zuvor sozialversicherungs-  
17 pflichtig erwerbstätig war. Nach regelhaft zwölf Monaten er-

1 halten ehemals langjährig Erwerbstätige Arbeitslosengeld 2  
2 in gleicher Höhe und Berechtigte von Arbeitslosengeld 1 für  
3 die gleiche Zeitdauer Leistungen wie Arbeitslose, die noch  
4 nie zuvor Beiträge an die Arbeitslosenversicherung gezahlt  
5 haben. Dies stellt eine Geringschätzung der langjährigen  
6 Beitragszahler dar.

7 Die AfD setzt sich deshalb bei einer Vorbeschäftigung  
8 von mindestens zehn Jahren für eine längere Bezugsdauer  
9 von Arbeitslosengeld 1 ein und für höhere Arbeitslosen-  
10 geld-2-Leistungen, sofern diese im Anschluss daran zu  
11 gewähren sind.

12 Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit, um unterschiedliche  
13 Erwerbsbiographien bei Arbeitslosigkeit auch differenziert  
14 zu behandeln.

## 11.9 Paritätische Finanzierung der Kranken- und 2 Pflegeversicherung

3 Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Arbeitgeberanteil  
4 zur Kranken- und Pflegeversicherung wieder auf die glei-  
5 che Höhe wie der Arbeitnehmeranteil festgelegt wird. Die  
6 Risiken der Kostensteigerungen im Gesundheitswesen allein  
7 auf die Arbeitnehmer abzuwälzen, wie es die letzten Bundes-  
8 regierungen getan haben, ist unsystematisch.



# Unser Gesundheitssystem ist in Gefahr

1 Die Gesundheitspolitik in Deutschland steht angesichts der  
2 demografischen Entwicklungen vor großen Herausforderungen.  
3 Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für  
4 alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern  
5 des modernen Sozialstaates.

6 *Wir setzen uns für eine leistungsfähige, flächendeckende und möglichst wohnortnahe medizinische Versorgung für alle Bürger ein – im ambulanten wie im stationären Bereich.*

## 12.1 Finanzierung der Gesundheit – grundlegende Probleme beseitigen

15 Die Finanzierung unseres Gesundheitswesens wird durch  
16 allgemeine politische Fehlentwicklungen bedroht: Die von  
17 den Kassen zu tragenden Kosten für Migranten, Flüchtlinge  
18 und Asylbewerber laufen aus dem Ruder, und durch die  
19 verfehlte Zinspolitik der europäischen Zentralbank können  
20 die kapitalgedeckten privaten Krankenversicherungen keine  
21 ausreichenden Rücklagen mehr bilden.

## 12.2 Ärztliche Versorgung auf dem Land sicherstellen

26 Die Arztsitze sind zwischen Stadt und Land ungleich  
27 verteilt. Niederlassungen auf dem Land sind häufig nicht attraktiv.  
28 Wir wollen dazu beitragen, es für Ärzte attraktiver zu  
29 machen, sich wieder vermehrt auf dem Land niederzulassen.  
30 Auch die Kommunen und Landkreise sowie die Bundesländer  
31 sind gefordert, Anreize zu schaffen.

33 *Wir wollen, dass sich wieder mehr Ärzte auf dem Land  
34 niederlassen.*

## 12.3 Dem „Pflegenotstand“ entgegenwirken

1 In allen vollstationären medizinischen Einrichtungen  
2 entwickelt sich ein Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal  
3 („Pflegenotstand“). Eine Hauptursache ist, dass die Perso-  
4 nalkosten im „DRG-Fallpauschalsystem“ der Kranken-  
5 häuser unzureichend abgebildet sind. In den Krankenhaus-  
7 entgelten sind die tariflichen Entgeltsteigerungen deshalb  
8 nur teilweise enthalten. Aufgrund dieser Deckungslücke  
9 sehen sich viele Krankenhäuser gezwungen, Personalstellen,  
10 insbesondere bei der Pflege, einzusparen. Das führt zu einer  
11 unzumutbaren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen  
12 und Nachteilen für die Patienten.

15 Als Ursachen für den fehlenden Berufsnachwuchs spielen  
16 der hohe Leistungsdruck und die zuweilen unangemessene  
17 Entlohnung eine Rolle.

19 *Die Akzeptanz und Attraktivität des Pflegeberufs muss  
20 erhöht werden, um dem bestehenden und absehbar zuneh-  
21 menden Mangel an qualifiziertem Pflegepersonal zu beg-  
22 nen.*

23 *Die AfD fordert einen verbindlichen, länderübergrei-  
24 fenden Mindestpersonalschlüssel für das Pflegepersonal,  
25 der auch bei den Krankenhausentgelten Berücksichtigung  
26 finden muss*

## 12.4 Stationäre Versorgung durch Investitionen 2 sicherstellen

3 Wir wollen die wirtschaftliche Lage der Krankenhäuser  
4 durch Abbau von Investitionsstaus verbessern und damit  
5 auch die Chance für den Erhalt von wohnortnahmen Häusern  
6 in kommunaler Trägerschaft erhöhen.

7 Die wirtschaftlich angespannte Lage der meisten Kranken-  
8 häuser wird durch die fehlende Investitionsfinanzierung der  
9 Länder weiter verschärft. Seit Jahren werden nur etwa die  
10 Hälften der ca. 5,5 Mrd. € für den Erhalt der Krankenhäuser  
11 erforderlichen Mittel bereitgestellt. Die daraus resultierende  
12 Notwendigkeit, Investitionsmittel aus den Behandlungspau-  
13 schalen zu finanzieren, führt zur weiteren Verschärfung der  
14 finanziellen Situation vieler Krankenhäuser. Nicht wenige  
15 Kommunen sahen sich deshalb veranlasst, Krankenhäuser  
16 an private Träger zu verkaufen. Unverkennbar ist seit Ein-  
17 führung der Fallpauschalen (DRG) im Jahr 2002 eine Privati-  
18 sierungswelle zu verzeichnen. Wir unterstützen die Träger-  
19 vielfalt im Krankenhauswesen und lehnen eine Entwicklung  
20 hin zur Monopolbildung entschieden ab.

## 21 12.5 Krankenhaus-Notfallambulanzen entlasten

22 Die Ambulanzen der Krankenhäuser sollen durch die Ein-  
23 richtung von Portal-Praxen entlastet werden.

24 Aufgrund von teilweise langen Wartezeiten im ambulanten  
25 Bereich werden die Notfallambulanzen der Krankenhäuser  
26 mit einer zunehmenden Anzahl von unkritischen Behand-  
27 lungenfällen überschwemmt. Wir setzen uns deshalb, wie in  
28 einigen Bundesländern bereits praktiziert, für die Einrich-  
29

30 tung von Portal-Praxen aus dem niedergelassenen Bereich  
31 am Krankenhaus ein.

## 32 12.6 Ambulante Versorgung durch ein 33 Hausarztsystem optimieren

34 Ambulante Behandlungen sollen durch ein Hausarztsys-  
35 tem besser gesteuert werden.

36 Durch das flächendeckende Angebot eines Hausarztsys-  
37 tems sollen ambulante Behandlungen besser koordiniert  
38 und Doppeluntersuchungen vermieden werden. Das Kos-  
39 tenbewusstsein und die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers  
40 sollen gestärkt werden. Die freie Arztwahl muss sicherge-  
41 stellt sein.

## 42 12.7 Ärzte und Therapeuten überwiegend in 43 Deutschland ausbilden

44 Ärzte und Therapeuten, die in Gesundheitsberufen arbei-  
45 ten, sollen nach Möglichkeit in Deutschland ausgebildet sein  
46 oder über gute deutsche Sprachkenntnisse verfügen.

47 Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens.  
48 Bei Ärzten, Therapeuten oder Pflegekräften, die sprachliche  
49 Defizite aufweisen, kann keine Vertrauensbasis entstehen.  
50 Die Beschäftigung von ausländischem Personal, das oftmals  
51 sprachliche Defizite aufweist, kann somit keine Lösung zur  
52 Behebung des Personalmangels im Gesundheitswesen sein.  
53 Insbesondere müssen Ärzte, die in der Patientenversorgung  
54 tätig sind, über gute Sprachkenntnisse (Sprachniveau C1)  
55 verfügen. Deren fachliche Qualifikation muss uneinge-  
56 schränkt dem deutschen Standard entsprechen.

## 12.8 Das deutsch-türkische Sozialversicherungsab- 2 kommen kündigen

3  
4 Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen  
5 benachteiligt einheimische Versicherte und ist auf der Basis  
6 europäischer Sozialversicherungsabkommen neu zu ver-  
7 handeln.

8  
9 Das deutsch-türkische Sozialversicherungsabkommen  
10 aus dem Jahr 1964 regelt die Rechtsstellung türkischer oder  
11 deutscher Staatsbürger im jeweils anderen Land. In der  
12 Krankenversicherung führt dies zu einer weithin unbekann-  
13 ten, eindeutigen Besserstellung türkischer Staatsangehöri-  
14 ger gegenüber deutschen Staatsangehörigen. Dies betrifft  
15 insbesondere die in unserem Sozialversicherungsrecht nicht  
16 vorgesehene Ausweitung der Familienversicherung. Der  
17 Familienbegriff richtet sich nicht nach deutschen Vorschrif-  
18 ten, sondern nach türkischen. Da nach türkischem Recht die  
19 Eltern mit zur Familie gehören, werden auch in der Türkei  
20 lebende Eltern türkischer Arbeitnehmer mitversichert. Wir  
21 fordern, dieses Abkommen zu kündigen und auf der Basis  
22 der Gleichberechtigung der Versicherten neu zu verhandeln.

## 23 12.9 Gesundheitskarte und E-Health-Gesetz

24  
25 Medizinische Behandlungsdaten müssen aufgrund ihrer  
26 hohen Sensibilität den höchstmöglichen Schutz genießen.  
27 Die elektronische Gesundheitskarte (eGK), auf der bisher  
28 nur Versichertendaten gespeichert sind, soll in einer weite-  
29 ren Ausbaustufe ein Schlüssel zu einer zentralen Datenbank  
30 sein, in der neben diagnostischen Unterlagen und Untersu-  
31 chungsergebnissen alle Informationen aller behandelnden  
32 Ärzte über den Patienten (Patientenakten) zusammengetra-  
33 gen werden.

1  
2 Die AfD lehnt die Schaffung einer solchen zentralen D -  
3 tenbank zur Speicherung sensibler Gesundheitsdaten ab.

4  
5 Wir befürworten aber die Speicherung eines Notfalldaten-  
6 satzes, einschließlich eines Medikamentenplans und einer  
7 Patientenverfügung, direkt auf der Karte. Für die Speiche-  
8 rung und den Austausch weiterer Gesundheitsdaten schla-  
9 gen wir, neben dem Datenaustausch in Praxisverbünden, die  
10 Schaffung eines elektronischen Gesundheitspasses vor, bei  
11 dem die Daten nicht zentral, sondern direkt auf dem Me-  
12 dium gespeichert werden. In allen Fällen darf dies nur auf  
13 freiwilliger Basis erfolgen.

## 14 12.10 Alternative Medizin als Ergänzung traditio- 15 neller Medizin

16  
17 Unter dem Begriff der „alternativen“ Behandlungen  
18 werden die unterschiedlichsten Behandlungsmethoden  
19 zusammengefasst. Diese können bei Einhaltung von zu  
20 definierenden Qualitätsstandards eine sinnvolle Ergänzung  
21 zur herkömmlichen Medizin darstellen. In jedem Fall ist eine  
22 ganzheitliche Betrachtung und Behandlung des Patienten  
23 notwendig, um der Zunahme von chronischen Erkrankungen  
24 und von Therapieresistenzen entgegenzuwirken.

25  
26 Alternative Behandlungsmethoden können in bestimmten  
27 Bereichen eine Ergänzung der akutmedizinischen Behand-  
28 lungsmethoden darstellen.

29  
30  
31  
32  
33  
34



## KAPITEL 13

# **Schluss mit der Technologiefeindlichkeit: Energie und Klima**

1

2

3 Das Spurengas Kohlenstoffdioxid (CO<sub>2</sub>) ist kein Schad-  
4 stoff, sondern eine unverzichtbare Voraussetzung für alles  
5 Leben.

6

7 Die Aussagen des Weltklimarats (IPCC), dass Klimaänder-  
8 rungen vorwiegend menschengemacht seien, sind wissen-  
9 schaftlich nicht gesichert. Sie basieren allein auf Rechenmo-  
10 dellen, die weder das vergangene noch das aktuelle Klima  
11 korrekt beschreiben können. Schon vor der Industrialisie-  
12 rung gab es Warm- und Kaltperioden, die sich nicht durch  
13 die zugehörige CO<sub>2</sub>-Konzentration der Luft erklären lassen.  
14 Mit dem Beitritt zum Pariser Abkommen und dem von der  
15 Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050 hat  
16 Deutschland sich verpflichtet, für die sogenannte „Dekarbo-  
17 nisierung“ weitgehende Eingriffe in unsere Wirtschaft und  
18 Gesellschaft vorzunehmen.

19

20 *Wir wollen das Projekt der Dekarbonisierung über die*  
21 *„Große Transformation“ beenden und den Klimaschutz-*  
22 *plan 2050 der Bundesregierung aufheben.*

23

24 Das Pariser Klimaabkommen vom 12.12.2015 ist zu kün-  
25 digen. Deutschland soll aus allen staatlichen und privaten  
26 „Klimaschutz“-Organisationen austreten und ihnen jede  
27 Unterstützung entziehen.

28

29

30

31

32

33

34

## 13.1 Klimawandel

## 13.2 Energiepolitik

1 Deutschland hat Strompreise, die mit jedem Zubau weite-  
2 rer Wind- und Sonnenstromanlagen und dem Netzausbau  
3 zwangsläufig weiter steigen. Der mit staatlicher Planwirt-  
4 schaft erzeugte Ökostrom hatte im Jahr 2015 einen Markt-  
5 wert von 3,3 Mrd. Euro. Zusammen mit den EEG-Subven-  
6 tionen kostete dieser Ökostrom die Verbraucher 27,5 Mrd.  
7 Euro (Quelle: BMWi). Diese Subventionen fließen zu den  
8 Profiteuren der Energiewende und belasten jeden Vierperso-  
9 nenhaushalt bis 2025 mit jeweils 25.000 Euro. Damit findet  
10 eine Umverteilung von unten nach oben statt. Die volks-  
11 wirtschaftlichen Mehrkosten der geplanten Energiewende  
12 allein im Strombereich werden bis 2050 zusammen mehrere  
13 Billionen Euro betragen.

14 Die naturgesetzlich, technisch und wirtschaftlich beding-  
15 ten und daher vorhersehbaren Probleme der Energiewende,  
16 wie weiter steigende Preise, gefährdete Netzstabilität,  
17 zunehmendes Risiko für Stromausfälle und fehlende  
18 Großspeicher, bleiben ungelöst.

19 Die ständige Verschärfung von Verordnungen und Ge-  
20 setzen im Wärmesektor, wie die Energieeinspar-Verord-  
21 nung (EnEV) und das Erneuerbare-Energien-Wärmege-  
22 setz (EEWärmeG) zur Dämmung und Heizung, führt zu stark  
23 steigenden Baukosten und entsprechend hohen Mieten, die  
24 die unteren Einkommensgruppen besonders hart treffen.

1

2

3

4

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

1 Das Ziel der Bundesregierung ist es, bis 2050 die  
2 CO2-Emissionen um 80 bis 95 % zu senken. Die Sektoren  
3 Mobilität und Wärme sollen durch Umstellung auf Ökostrom  
4 ebenfalls emissionsfrei werden. Dies erfordert einen Ausbau  
5 der Windenergieanlagen in einem Ausmaß und einer Ge-  
6 schwindigkeit, die Wirtschaft und Bürger überfordern.

7 *Die bestehenden Kernkraftwerke wollen wir deshalb nicht  
8 vor Ende ihrer Nutzungsdauer außer Betrieb nehmen.*

9 Auch auf die Nutzung moderner Gas- und Kohlekraftwer-  
10 ke wird Deutschland auf absehbare Zeit nicht verzichten  
11 können.

12 Im Einzelnen fordern wir:

- 13
- 14 ▶ Das EEG ist ersatzlos zu streichen.
  - 15 ▶ Solange das EEG noch nicht abgeschafft ist:
    - 16 - keine EE-Anlagen in Wäldern und Schutzgebieten
    - 17 - keine Vorrangflächen für Windenergieanlagen ohne  
18 Zustimmung der betroffenen Bürger
    - 19 - Mindestabstand von Windenergieanlagen zur  
20 Wohnbebauung um das 10-fache der Gesamthöhe
  - 21 ▶ Die Laufzeit sicherer Kernkraftwerke muss sich nach  
22 der technischen Nutzungsdauer richten.
  - 23 ▶ Verwertbare Kernkraftwerk-Reststoffe müssen für das  
24 Recycling rückholbar gelagert werden.
  - 25 ▶ Zur Erhaltung der kerntechnischen Kompetenz wird  
26 eine umfangreiche Beteiligung an internationalen  
27 Forschungsprojekten gefordert.
  - 28 ▶ Die EnEV und das EEWärmeG sind abzuschaffen.
  - 29 ▶ Die Elektromobilität muss sich wie jede Technik auf  
30 marktwirtschaftlicher Basis entwickeln.

### 13.3 Land der Tüftler und Denker: 2 Technologie fördern

3 Als rohstoffarmes Land kann uns nur eine technologische  
4 Spitzenposition langfristig den Wohlstand erhalten. Leider  
5 sinkt das Ausbildungsniveau der nachrückenden Genera-  
6 tionen in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik,  
7 Naturwissenschaft und Technik). Eine allgemeine Techno-  
8 logiefeindlichkeit wird durch die MINT-fernen Bedenken-  
9 träger allgegenwärtig geäußert. Um das Verständnis und  
10 die Entscheidungsfähigkeit für naturwissenschaftliche und  
11 technische Zusammenhänge sowie Prozesse zu verbessern,  
12 muss die inhaltliche Entwertung der MINT-Fächer an den  
13 Schulen gestoppt werden.

14 Im Einzelnen fordern wir:

- 15
- 16 ▶ Zur Sicherung der wirtschaftlichen Basis müssen auf  
17 allen Ebenen in Schulen, Bildungs- und Forschungs-  
18 einrichtungen die MINT-Fächer stärker gefördert  
19 werden. Dies erfordert neben finanziellen Mittel auch  
20 eine anhaltende Kampagne für die Bedeutung und die  
21 Perspektiven solcher Ausbildungsgänge.
  - 22 ▶ Es ist ein gesellschaftliches Klima für eine offene,  
23 unbelastete Diskussion neuer Technologien und  
24 Entwicklungen zu fördern. Dabei sind neben der  
25 berechtigten Erörterung von Risiken bei neuen  
26 Technologien auch die Chancen stärker in den Fokus  
27 zu rücken. Das gilt insbesondere beim Erlass von  
28 gesetzlichen Regelungen zu Technologien.
  - 29 ▶ Schlüsseltechnologien, die für Deutschland relevant  
30 sind, müssen identifiziert werden und durch  
31 substantielle Förderungsmodelle vorrangig entwickelt  
32 werden.

33 1  
34 2  
35 3  
36 4  
37 5  
38 6  
39 7  
40 8  
41 9  
42 10  
43 11  
44 12  
45 13  
46 14  
47 15  
48 16  
49 17  
50 18  
51 19  
52 20  
53 21  
54 22  
55 23  
56 24  
57 25  
58 26  
59 27  
60 28  
61 29  
62 30  
63 31  
64 32  
65 33  
66 34

- 1      ▶ Um naturwissenschaftlichen und technischen  
2      Kompetenzverlust zu stoppen und international den  
3      Anschluss in weiteren Technologiefeldern nicht zu  
4      verlieren, muss generell eine ideologiefreie Forschung  
5      deutlich ausgebaut werden. Dazu sind bestehende  
6      Förderlinien auszuweiten und Förderprogramme bis  
7      zum Maßstab von Demonstrationsanlagen neu  
8      aufzulegen.  
9      ▶ Hindernisse, die Unternehmensgründungen  
10     erschweren, sind zu ermitteln und geeignete Maß-  
11     nahmen zur Förderung von Startups zu beschließen.  
12  
13     Der Schutz vor Industriespionage ist insbesondere durch  
14     staatliche Maßnahmen zur Erhöhung der IT-Sicherheit und  
15     der Sicherheit der Datennetze zu verbessern.  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34



## KAPITEL 14

**Verkehrswände erhalten und ausbauen, Wohnungsbau verstärken, ländlichen Raum entwickeln**

## 14.1 Verkehr

2  
3 Eine ideologisch geleitete Verkehrspolitik, die bestimmte  
4 Verkehrsmittel bevorzugt oder diskriminiert, lehnt die AfD  
5 ab.

6 Im Schienenverkehr braucht unser Land ein gut ausge-  
7 bautes und aufeinander abgestimmtes Nah- und Fernver-  
8 kehrsnetz. Die Eisenbahninfrastruktur muss in der Hand des  
9 Bundes verbleiben.

10 Die LKW-Maut muss nach tatsächlicher Fahrbahnbe-  
11 lastung durch schwere Achslasten erhoben werden, dabei  
12 ist pro Fahrzeug die Anzahl der Achsen und deren  
13 Achslast zu erfassen. Jeder Euro der LKW-Maut muss  
14 zusätzlich in die Infrastruktur fließen.

15 *Die AfD wendet sich gegen flächendeckendes Tempolimit  
16 und erfolglose Umweltzonen.*

17 Umweltzonen haben nachweislich nicht zur Reduzierung  
18 der Feinstaubemission beigetragen. Sie sind daher abzu-  
19 schaffen.

20 Die Infrastruktur unseres Landes wurde jahrzehntelang  
21 vernachlässigt und ist in vielen Teilen marode.

22 *Die AfD will deshalb ein bundesweites „Konjunkturpro-  
23 gramm Infrastruktur“ (KPI) auflegen.*

24 Ziel des KPI ist die Sanierung und der Ausbau von Schie-  
25 nen, Straßen, Wasserwegen, Brücken und öffentlichen  
26 Gebäuden wie Schulen, Kindergärten, Theatern und Museen.

27 Im Einzelnen fordern wir:

- 28 ▶ Erhalt der Substanz und Beseitigung von Engpässen  
29 im Straßen- und Schienennetz
- 30 ▶ Konjunkturprogramm Infrastruktur
- 31 ▶ Keine ÖPP-Projekte bei der öffentlichen Infrastruktur
- 32 ▶ Erstellung eines Verkehrskonzepts für den Güter-  
33 fernverkehr
- 34 ▶ Einbeziehung aller Verkehrsträger in einen neuen  
35 Bundesverkehrsplan
- 36 ▶ Keine PKW-Maut, Novellierung der LKW-Maut
- 37 ▶ Abschaffung der Umweltzonen, kein flächendeckendes  
38 Tempolimit auf Autobahnen
- 39 ▶ Nationales Flughafenkonzept

## 14.2 Wohnungsbau

40 Wohnraum ist in den deutschen Großstädten knapp und  
41 teuer. Die Neubautätigkeit kann unter den vorliegenden  
42 Rahmenbedingungen nicht mithalten.

43 *Planwirtschaftliche Eingriffe wie die „Mietpreisbremse“  
44 verschleppen das eigentliche Problem, anstatt es zu lösen.*

45 Langfristig verkehrt sich der gewünschte Effekt der Miet-  
46 preisbremse ins Gegenteil, weil sie private Investitionen in  
47 den Wohnungsbau weniger rentabel macht und so auch den  
48 dringend benötigten Neubau von Wohnungen ausbremsst.

49 Wirksamer und nachhaltiger sind Maßnahmen, die den  
50 Wohnungsbestand deutlich erhöhen. Hierzu gehören: die  
51 Ausweisung neuer und die Optimierung bestehender Bauge-  
52 biete, die Beschleunigung der Baurechtschaffung und eine  
53 Kostenverringerung durch die Beseitigung unnötiger Vor-  
54 schriften etwa zur Wärmedämmung.

1        *Zur Eigentumsförderung sind Grundstücke von der  
2        öffentlichen Hand im Erbbaurecht zur Verfügung zu stellen  
3        und genossenschaftliches Wohnen zu fördern.*

4  
5        Mieter, deren Einkommen nicht für die Miete reicht, sind  
6        weiterhin durch Wohngeld zu unterstützen.

7  
8        *Mieter und Eigentümer von Wohnraum sollen durch die  
9        Senkung der Grundsteuer entlastet werden.*

10      Im Einzelnen fordern wir:

- 11      ▶ Der Wohnungsbau muss durch geeignete Rahmen-  
12      bedingungen verstärkt werden
- 13      ▶ Es muss mehr Bauland zur Verfügung gestellt werden
- 14      ▶ Baustandards müssen vereinfacht und Bürokratie  
15      abgebaut werden
- 16      ▶ Staatliche Vorgaben sind zu entschlacken, Grund-  
17      sowie Grunderwerbsteuer sollen gesenkt werden

### 21      **14.3 Den ländlichen Raum stärken**

22  
23      *Wir unterstützen die Stärkung der ländlichen Infrastruktur.*

24  
25      Die dort lebenden Menschen haben einen Anspruch auf  
26      angemessene Infrastruktur, auch wenn die Besiedlungsdich-  
27      te gering ist.

28  
29      Damit wird zusätzlich der anhaltende Wanderungsdruck  
30      aus den ländlichen Gebieten auf die Ballungszentren gemil-  
31      dert. Hierzu sollen die Anbindung an das schnelle Datennetz  
32      und die Anbindung an das überörtliche Straßen- und Schie-  
33      nnennetz verbessert werden.



# **Umwelt-, Natur- und Tier- schutz, Verbraucherschutz und Landwirtschaft**

## 15.1 Wasserversorgung gehört in die öffentliche Hand

Die AfD befürwortet die kleinteilige Wasserversorgung durch Kommunen und Zweckverbände. Das Eigentum an den Wasserressourcen, den Förderanlagen, der Wasseraufbereitung und am Verteilernetz muss in öffentlicher Hand und damit in den Händen der Bürger verbleiben.

*Eine EU-weite Liberalisierung und Kommerzialisierung des Wassermarkts lehnt die AfD entschieden ab.*

Eine generelle Privatisierung des Wassers oder der Wasserwerke, die durch Richtlinien der EU angeregt werden, lehnt die AfD ab. Brunnen privater Grundstückseigentümer, die hieraus ihr Trinkwasser gewinnen, sind hiervon ausgenommen.

## 15.2 Ausbau der Windenergie stoppen

Die Windenergie ist ein energiepolitischer Irrweg, ökonomisch absurd und ökologisch kontraproduktiv.

*Wir lehnen den weiteren Ausbau der Windenergie ab, denn er bringt mehr Schaden als Nutzen.*

Windenergieanlagen sind nur noch ausnahmsweise an Standorten zuzulassen, an denen keine Beeinträchtigungen für Menschen, Tiere oder das Landschaftsbild zu erwarten sind. Anerkannte Studien zeigen seit Jahren die verheerende Wirkung von Windkraftanlagen auf geschützte Vögel und Fledermäuse. Gravierend sind auch die gesundheitlichen Schadwirkungen auf den Menschen durch Schattenschlag

und Lärmemission. Die flächendeckende Zerstörung unserer Landschaften ist die Folge von Windparks wie von zusätzlichen Stromtrassen. Bei der Standortwahl sind die Menschen vor Ort durch Bürgerentscheide zu beteiligen.

## 15.3 Lärmschutz verbessern

Lärm verursacht Stress und macht krank. Lärm ist das durch weite Teile der Bevölkerung am stärksten wahrgenommene Umweltproblem. Die bisherigen Anstrengungen zur Lärmvorsorge und insbesondere zur Lärmsanierung reichen nicht aus.

*Die AfD setzt sich deshalb für ein zielgerichtetes Investitionsprogramm für den Lärmschutz ein.*

## 15.4 Verbraucherschutz

*Die AfD setzt sich für die Renationalisierung des Verbraucherschutzes ein.*

Der Schutz der Verbraucher ist für die AfD einer der zentralen Politikbereiche. Er ist eine Querschnittsaufgabe und umfasst eine verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik genauso wie Teile der Sozial-, Rechts-, Umwelt- und Gesundheitspolitik. Da die Verbraucherschutzpolitik heute in hohem Maß EU-gesteuert ist, will die AfD die Zuständigkeit für Verbraucherschutz nach Deutschland zurückholen. Die AfD möchte die Verbraucherorganisationen durch ausreichendes Stiftungskapital stärken, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten.

1 Die AfD setzt sich für vermehrte Produktprüfungen durch  
2 Stärkung der Gewerbeaufsicht ein und fordert eine trans-  
3 parente Kennzeichnung von Lebensmitteln mit verbrau-  
4 cherfreundlichen, genauen Angaben zu Herkunft, Inhalts-  
5 stoffen und Qualität

6 Die offenen Grenzen des Binnenmarkts haben zu einer  
7 starken Zunahme unsicherer und gefährlicher Produkte  
8 geführt. Hersteller und Importeure können sich die Unbe-  
9 denklichkeit ihrer Produkte weitgehend selbst bescheinigen.  
10 Dieser Entwicklung muss durch eine bessere personelle und  
11 materielle Ausstattung der Gewerbeaufsicht und Produkt-  
12 prüfung, vor allem bei Lebensmitteln, Kinderspielzeugen  
13 und Elektrogeräten, begegnet werden.

## 15.5 Tierschutz: Tierquälerisches Schlachten verbieten

19 Die AfD setzt sich für eine mitfühlende und würdevolle  
20 Behandlung aller Tiere ein. Dies bezieht sich auf die Hal-  
21 tung, den Transport und die Schlachtung. Tierschutzgesetze  
22 müssen gleichermaßen für alle gelten.

24 Den Handel, die Bewerbung und die Einfuhr von Fleisch  
25 aus tierquälerischer Schlachtung (Schächten) lehnt die AfD  
26 ab.

28 Wir fordern eine ersatzlose Streichung des § 4 a, Abs. 2 Nr.  
29 2 TierSchG. Länder wie Schweden, Niederlande, Schweiz,  
30 Polen, Norwegen, Island, Liechtenstein und Dänemark sind  
31 für uns in dieser Hinsicht Vorbild.

## 15.6 Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft

1 Die AfD steht zur Förderung von landwirtschaftlichen Fa-  
2 milienbetrieben und Genossenschaften. Die Globalisierung  
3 bewerten wir im Bereich der Landwirtschaft kritisch. Bü-  
4 rokratie und Überregulierung durch EU, Bund und Länder  
5 wollen wir abbauen. Wir wenden uns gegen die negativen  
6 Auswirkungen eines weltweiten Preisdumpings zulasten  
7 von Umwelt, Mensch und Tier. Unsere landwirtschaftlichen  
8 Familienbetriebe müssen wieder in die Lage versetzt werden,  
9 von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familien  
10 zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihres  
11 Hofs zu tätigen.

### 15.6.1 Regionalisierung und Direktvermarktung

16 Wir wollen die regionale Lebensmittelerzeugung und Di-  
17 rektvermarktung durch bäuerliche Betriebe stärken. Hinder-  
18 liche Vorschriften sind zu beseitigen.

20 Regionale Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen  
21 sparen Ressourcen, garantieren lokale Arbeitsplätze und ma-  
22 chen das Land attraktiv. Wir fordern auch in diesem Bereich  
23 eine Rückführung der Gesetzgebungskompetenzen von der  
24 EU auf die Länderebene.

### 15.6.2 Alte Kultursorten erhalten

Alte Kultursorten gehören zum kollektiven Eigentum aller Menschen. Dennoch müssen hohe Gebühren für die Anmeldung uralter Sorten gezahlt werden, wenn diese vermarktet werden sollen. Diese Klausel im Saatgutverkehrsgesetz schützt große Konzerne vor der Konkurrenz durch Kleinbetriebe. Durch die Erlaubnis, alte Kultursorten lizenfrei vermehren zu können, wird die Sortenvielfalt beim Endverbraucher breiter werden.

*Die AfD fordert die Aufhebung aller Handelsbeschränkungen für alte Nutzpflanzensorten.*

### 15.6.3 Rahmenbedingungen für Kleingärten und Kleintierhaltungen verbessern

Wer Lebensmittel selbst erzeugt, weiß um ihren Wert. Nutzgartenbesitzer und Kleintierhalter gewinnen frische Lebensmittel, erhalten die genetische Vielfalt und leisten einen Beitrag für die Krisenvorsorge.

*Um weiterhin breiten Bevölkerungsschichten diesen Zugang zu ermöglichen, will die AfD die Rechtssicherheit von Kleingärten und Kleintierhaltungen stärken und Regularien abbauen.*

V.i.S.d.P.:

Alternative für Deutschland (AfD),  
Bundesprogrammkommission,

vertreten durch den Bundesvorstand,  
dieser vertreten durch die Bundessprecher Dr. Frauke Petry und Prof. Dr. Jörg Meuthen

Schillstraße 9, 10785 Berlin

Telefon: 030-2205696-0

Telefax: 030-2205696-29

E-Mail: [bgs@alternativefuer.de](mailto:bgs@alternativefuer.de)

Internet: [www.alternativefuer.de](http://www.alternativefuer.de) / [www.afdkompakt.de](http://www.afdkompakt.de)

Facebook: [www.facebook.com/alternativefuerde](http://www.facebook.com/alternativefuerde)

